

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 143

FRÜHJAHR 2001

DM 1,-

Fischer: vom Sponti zum Balkanschlächter SPD/Grünen-Regierung greift die Linke an



Grüner Fischer inspiziert deutsche Besatzungstruppen auf dem Balkan, 1000 Bullen überfallen im Dezember 1999 linkes Jugendzentrum „Mehringhof“ in Berlin, SPD-Schily demonstriert für seine Knüppelgarde

In den letzten Monaten war Fischer, Außenminister und Kriegstreiber des deutschen Imperialismus, Zielscheibe einer Kampagne der FDP und der von Skandalen gebeutelten CDU/CSU-Opposition. Mit Bildern aus den 70er-Jahren,

Freiheit für RAF/RZ und alle anderen linken Gefangenen!

die den jugendlichen Fischer zeigen, wie er sich gegen knüppelschwingende Polizisten wehrt, sowie Spekulationen, ob er irgendwann mit einem späteren Mitglied der Rote Armee Fraktion (RAF) gebechert oder gefrühstückt habe, versuchte die Opposition vergeblich, die kapitalistische rot-grüne Regierung zu destabilisieren. SPD und Grüne wiederum präsentieren Fischer als „Erfolgsstory“: vom Gegner des bürgerlichen Staates zum treuen und effektiven Verteidiger der Staatsgewalt. Große Teile der Bourgeoisie unterstützen diese Sicht. Frank Schirmmacher, Mitherausgeber des bür-

gerlichen Flaggschiffs *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, schreibt lobend: „Ohne ihn [Fischer] und seine Geschichte“ hätte der Balkankrieg, den er als Außenminister mitbefehlerte, „vermutlich zu einem bürgerkriegsähnlichen Notstand im Innern geführt“. Es sei doch gerade „das Spezifische dieser Biographie, die dazu verhalf, den inneren Frieden zu bewahren, als im Kosovo militärisch eingegriffen wurde“ (zitiert in *junge Welt*, 11. Januar).

Mit ihrer Kampagne gegen Fischer benutzt die Opposition dieselbe Sprache, mit der die SPD/Grünen-Regierung versucht, militante Gegner des Kapitalismus zu kriminalisieren. Die gesamte Hetzkampagne gegen den „Terror“ der RAF in den 70er-Jahren soll eine drohende Botschaft an linke Jugendliche und an die Arbeiterklasse schicken: Jeder Widerstand gegen das „Gewaltmonopol des Staates“, sei es bei der Streikpostenkette, sei es bei der Verteidigung gegen Faschisten, ist kriminell.

Wir verteidigten und verteidigen die RAF gegen die Verfolgung durch den bürgerlichen Staat. Zwar lehnen wir ihre Fortgesetzt auf Seite 2

Balkan-Verstrickungen

US/Bundeswehr/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan! ...Seite 7

N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 1

Perspektive des individuellen Terrors entschieden ab, doch ihre Aktionen entsprangen einem Hass gegen das imperialistische System, den wir zutiefst teilen. Heute sitzen in Deutschland noch immer Gefangene aus der RAF und aus den „Antiimperialistischen Zellen“ im Knast, darunter z. B. Christian Klar seit fast 19 Jahren, Rolf Heißler bald 22 Jahre. **Wir fordern ihre sofortige Freilassung!** Ebenso fordern wir die sofortige Freilassung von angeblichen Mitgliedern der Revolutionären Zellen (RZ), gegen die in Berlin gegenwärtig ein abstruser Schauprozess läuft.

Die SPD/Grünen-Regierung rekrutiert sich teilweise aus „68ern“ und setzt diesen Nimbus effektiv ein; sie behaupten, schon immer für „Freiheiten“ und „gegen Rechts“ gekämpft zu haben. Aber dies ist eine **kapitalistische** Regierung, die den Nachfolgestaat des Dritten Reichs verwalte! Nach der Konterrevolution in der DDR und der Zerstörung der Sowjetunion legte die deutsche Bourgeoisie die „soziale“ Fassade ab, in die sie sich zur Abwehr der „kommunistischen Gefahr“ nach dem Sieg der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg hüllte. Um in einer Zeit immens verstärkter imperialistischer Rivalitäten gegen ihre Konkurrenten zu bestehen, drehen die Kapitalisten die Daumenschrauben gegen die Arbeiterklasse an, um die Profite in die Höhe zu treiben. Die Bourgeoisie hält es für äußerst nützlich, dies unter dem „demokratischen“ Label der „Ex-68er“ zu tun. Die Sozialleistungen werden mit der Sozialdemokratie identifiziert, und so schließt die Bourgeoisie, dass die SPD besonders dazu geeignet ist, diese sozialen Errungenschaften zu zerschlagen. „Wahrscheinlich müssen die heiligen Kühe von denen geschlachtet werden, die an der Aufzucht am aktivsten beteiligt waren“ (*Hamburger Abendblatt*, 4. November 1999), so Hilmar Kopper vom Vorstand der Deutschen Bank.

Doch die herrschende Klasse weiß auch, dass trotz aller ideologischen Kampagnen die Möglichkeit besteht, dass der Widerstand der Arbeiterklasse der politischen Kontrolle der SPD und ihrer Gewerkschaftsbürokratie entgleitet. Daher ist die Hauptaktivität der SPD/Grünen-Regierung ein massiver Abbau demokratischer Rechte und der Ausbau des staatlichen Repressionsapparates; eine CDU-Regierung wäre wahrscheinlich auf größeren Widerstand gestoßen. Gerade wurde das Abhören von Telefonen immens erleichtert und eine Zentraldatei für „linke Gewalttäter“ und „Ausländer“ eingeführt. Ursprünglich propagiert als Maßnahme „gegen rechte Gewalt“, richtet sich dies eindeutig gegen die

Linke und Arbeiterbewegung, wie wir schon im letzten Herbst warnten. Denn dieser Staat ist nicht „neutral“, sondern hat einzig die Funktion, das Privateigentum an Produktionsmitteln der Kapitalisten zu verteidigen gegen das Interesse der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung. Wie Lenin sagte: „Das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind“ (*Staat und Revolution*). Die Herrschaft der Kapitalisten muss zerschlagen werden und die Gesellschaft auf der Basis von sozialistischer Planwirtschaft und Arbeiterräten neu organisiert werden, nur dadurch kann Massenarbeitslosigkeit, Elend, Faschismus und Krieg der Garaus gemacht werden. Um die Arbeiterklasse zu diesem Ziel zu führen, bauen wir Spartakisten eine internationalistische, revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei auf.

Im Herbst 1998 vor den Wahlen warnten wir: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und imperialistische Kriegshetzer! Keine Stimme für SPD, PDS!“ (*Spartakist* Nr. 133). Die vorgebliche Linke dagegen gab mit der gemeinsamen Losung „Kohl muss weg“ entweder der SPD oder der nicht weniger sozialdemokratischen PDS die Stimme. Da die Pseudolinken keinerlei Möglichkeit sehen, die Arbeiterklasse von SPD und PDS zu brechen, vertreten sie nur eine immer neuere Variante der „Politik des kleineren Übels“; sie eilten aufgeschreckt ihrer Regierung zu Hilfe, die sie durch die CDU-Kampagne gegen Fischer bedroht sahen. Bei der Gruppe Linksruck konnte man schwarz auf weiß mitverfolgen, wie sich die Panik aufbaute. Im Januar übten sie noch Kritik: „Unsere Anklage muss sich gegen den Fischer von heute richten. Er sitzt an der Spitze einer Regierung, die uns in Serbien die erste deutsche Beteiligung an einem Angriffskrieg beschert hat ...“ (*Linksruck*, 24. Januar). Im Februar dann starteten sie eine Unterschriftenkampagne gegen „konservative Politiker und Teile der Medien“ unter einem Fischer-Zitat: „'68 war eine Freiheitsbewegung“ (*Linksruck*, 7. Februar)!

Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht (GAM) sagt nirgendwo, dass die SPD/Grünen-Regierung eine kapitalistische Regierung ist. Sie malen ein Szenario, dass die Bourgeoisie – z. B. mittels der CDU-Kampagne – die SPD dazu drängen müsse, im Interesse der Kapitalisten zu regieren: „Die Regierung politisch zur Raison zu rufen, den Druck der Bourgeoisie zu verstärken und die Stabilität Schröders zu unterminieren, um hernach selbst von einer besseren Position aus Bedingungen stellen zu können – das ist gemeint, wenn Schröder und Trittin geschlagen werden“ (*Arbeitermacht*, März/April 2001). Es ist charakteristisch für

Fortgesetzt auf Seite 13

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) DM 8,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 143

Frühjahr 2001

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb ein Flugblatt der Spartakist-Jugend vom 10. April 2001 beigelegt.

Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! Europaweite Proteste gegen Schließung von GM/Vauxhall-Fabrik in England

Nachdem die Konzernspitze von General Motors (GM) in Detroit ankündigte, die Werke in Luton, England und in Torbali/Izmir in der Türkei zu schließen, demonstrierten am 20. Januar in Luton 10 000 Arbeiter, darunter aus Deutschland, Belgien und Spanien, gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze. Am 25. Januar beteiligten sich dann 40 000 GM-Arbeiter zeitgleich in Portugal, Spanien, Belgien, England und Deutschland an einem einzigartigen europaweiten Protest.

Während die Arbeiter ihre Bereitschaft für internationalen Klassenkampf unter Beweis stellten, taten die Gewerkschaftsbürokraten alles, um dies zu boykottieren. Sie riefen bewusst nicht zum Streik auf und beriefen sich dabei auf Gesetze der kapitalistischen Ordnung. Stattdessen waren die von Gewerkschaften und Betriebsräten aufgerufenen Protestaktionen in Deutschland für die Mittagspause geplant. Die Betriebsräte sind von Gesetzen an Händen und Füßen gefesselte Organe von Klassenkollaboration, die den Arbeitern „Mitbestimmung“ vorgaukeln sollen, während sie einzig dazu geschaffen wurden, Kämpfe der Arbeiterklasse zu verhindern. Bei den europäischen Werken von GM haben sich Betriebsräte zu einem Europabetriebsrat als „Europäisches Arbeitnehmerforum“ zusammengeschlossen.



Alexander Heimann

7000 Opel-Arbeiter protestieren am 25. Januar in Rüsselsheim

Sie „verhandeln“ mit den Bossen um einen Rahmenvertrag, nach dem keine betriebsbedingten Kündigungen stattfinden sollen und „Personalreduzierungen nur durch freiwillige Vereinbarungen und mit Hilfe von Ruhestandsregelungen“ erreicht werden sollen. Das heißt, dass niemand direkt entlassen werden soll, aber frei werdende Arbeitsplätze auch nicht mehr neu besetzt werden. Auf diesem „sozialen“ Wege werden jeden Tag tausende Jobs vernichtet. Bei den Opel-Werken in Deutschland sollen

Fortgesetzt auf Seite 6

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend

Berlin

Dienstag, 24. April, 18 Uhr
**UNO/NATO/Bundeswehr: Raus aus dem
Balkan! Stürzt deutschen Imperialismus
durch Arbeiterrevolution!**

Dienstag, 15. Mai, 18 Uhr
**Marktreformen in China bedrohen Frauen.
Verteidigt China gegen Imperialismus und
Konterrevolution!**

Dienstag, 5. Juni, 18 Uhr
**Staat — Raus aus dem Schlafzimmer!
Weg mit der Anti-Sex-Hexenjagd!**

Dienstag, 26. Juni, 18 Uhr
**Stürzt die Bourgeoisie von Auschwitz!
Proletarische Revolution wird die Opfer
des Holocaust rächen!**

Dienstag, 17. Juli, 18 Uhr
**Die Lehren der Pariser Kommune.
Der bürgerliche Staat muss zerschlagen
werden!**

Treffpunkt ist das Seminargebäude
am Hegelplatz, Raum 208
(Humboldt-Universität)

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Unsere Genossin Susan Adams starb am Morgen des 6. Februar bei sich zu Hause nach einem zweijährigen Kampf gegen Krebs. In ihren 30 Jahren als kommunistischer Kader diente Susan an vielen Kampffronten unserer internationalen Partei. Es gibt kaum eine Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga oder einen Bereich unserer Arbeit, dem nicht direkt ihr politischer Rat und ihr herausragendes Talent als Lehrer und Trainer einer neuen Generation von proletarischen Führern zugute gekommen wäre. Sie setzte wichtige Arbeiten als Mitglied der Führungskomitees der Spartacist League/U.S. und der IKL bis zu ihrem Tode fort. Wir werden sie immer in unserer Erinnerung behalten, und wir teilen den Schmerz und den Verlust ihres langjährigen Gefährten und Genossen François, ihrer Familie und ihrer vielen Genossen und Freunde in der ganzen Welt.

Wie Tausende von Jugendlichen wurde Susan Mitte der 60er-Jahre durch die Bürgerrechtsbewegung in den USA, die wachsende Opposition gegen den Vietnamkrieg und den fast revolutionären Aufstand in Frankreich im Mai 1968 in politische Aktivität hineingezogen. Sie hat vehement den Mystizismus und den heuchlerischen Moralismus ihres katholischen Hintergrundes zurückgewiesen und kämpfte gegen die dadurch verursachte verinnerlichte Unterdrückung. Als sie an der Universität von Kalifornien in San Diego war, trat sie in den SDS (Students for a Democratic Society) ein und wurde angezogen von dem Flügel mit einer Orientierung auf die Arbeiterklasse, der von der linkstalinistischen PL (Progressive Labor Party) geführt wurde. Susan wurde zum Trotzismus gewonnen, als sie begann, mit dem von der Spartacist League geführten Revolutionary Marxist Caucus im SDS zusammenzuarbeiten; das war 1970, nachdem sie an die State University von New York in Stony Brook gegangen war. Nachdem sie zurück nach Kalifornien gezogen war, wurde sie im Dezember 1971 Mitglied der Spartacist League. In einer Zeitspanne von Monaten wurde sie zum Organisator unserer schnell wachsenden Bay-Area-Ortsgruppe gewählt und half bei der Integration neuer Mitglieder aus einer Vielzahl verschiedener politischer Tendenzen.

Als wir darangingen, Anfang 1973 eine Ortsgruppe in der „Motor City“ Detroit aufzubauen, wurde Susan in die Führung geholt. Sie beschrieb stolz dieses Zentrum der schwarzen industriellen Arbeiterklasse als das Wyborg des amerikanischen Proletariats, unter Bezug auf die militante, proletarische Hochburg des Bolschewismus in Petrograd am Vorabend der Russischen Revolution. Sie war aggressiv

Susan Adams



Spartacist



1948 – 2001

dabei, sicherzustellen, dass unsere trotzkistische Propaganda in das kämpferische Proletariat der Autofabriken eindrang. Die ersten Flugblätter schrieb sie oft selbst, vervielfältigte und verteilte sie. Susan sorgte dafür, dass die Ortsgruppe ein Programm intensiver interner marxistischer Ausbildung durchführte, und dafür, dass die Genossen in der Industrie, die 50 Stunden und mehr in Wechselschicht an den Produktionsbändern arbeiteten, ihren Anteil von polemischer Auseinandersetzung durch Uni-Arbeit bekamen.

Nach etwas über einem Jahr in Detroit zog Susan nach New York, um die zentrale Führerin unserer nationalen Jugendorganisation zu werden, der Spartacus Youth League. Wie immer nahm sie diese Arbeit mit Energie und politischer Entschlossenheit auf, besuchte regelmäßig die Ortsgruppen, initiierte oder führte lokale und nationale

SYL-Kampagnen und leitete die Herausgabe von *Young Spartacus*, der auf einem hohen Niveau stehenden monatlichen Zeitung der Jugendorganisation mit einem Schwerpunkt auf marxistischer Ausbildung und Polemiken.

Als die Spartacist-Tendenz 1976 begann, kleine Stützpunkte in Europa zu erobern, übernahm Susan ein anderes entscheidendes Gebiet von Parteiarbeit, dieses Mal für unser Internationales Sekretariat. Hauptsächlich in Paris stationiert, wurde sie die zentrale Führerin unserer europäischen Arbeit, und Paris wurde eines der drei politischen Hauptzentren unserer Internationale. Bis 1992 war Susan die Vorsitzende der LTF, der Ligue trotskyste de France. Sie war zentral an den Auseinandersetzungen und Diskussionen innerhalb der LTF und der Internationale beteiligt, wie man in diesem internationalen Zentrum des vorgeblichen Trotzismus unsere Strategie und Taktik schmiedet, besonders als Antwort auf den Wiederaufstieg der Volksfront in Form der „Einheit der Linken“ (union de la gauche) in den späten 70er- und den 80er-Jahren. Entschlossen, Cannons Verständnis des Parteaufbaus und bolschewistische Normen des Funktionierens den europäischen Kadern anzuerziehen, was diesen im Wesentlichen fremd war, arbeitete sie mit den oft unerfahrenen Führungen der europäischen Sektionen eng zusammen. Sie brachte sie dazu, Möglichkeiten für den Parteaufbau zu ergreifen, Umgruppierungen mit sich nach links entwickelnden Elementen von Opponenten-Organisationen durchzuführen und den unablässigen Druck von französischer Nationalborniertheit, britischem Labourismus, wiederaufstiegender deutscher Nationalismus usw. zu bekämpfen.

Im Juli 1994, als sie half, die Arbeit der IKL in einer tatsächlich neuen und schwierigen Periode auszurichten, die durch die kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion gekennzeichnet war, schrieb Susan einen Brief an das Internationale Sekretariat:

„Die Hauptaufgabe des IS ist die Produktion der angemessenen, notwendigen und dringenden Propaganda, viersprachig und zum Teil fünfsprachig, d.h. auch auf Russisch, hauptsächlich in den *Spartacist*-Ausgaben... Wir gehen davon aus, dass die Herausgabe von Propaganda politische Anleitung gibt; sie schafft das Gerüst, in dem die Sektionen ihre politische Arbeit verrichten, im Geist Lenins, von ihm in *Was tun?* entwickelt.“

Als im Herbst 1989 die beginnende proletarisch-politische Revolution in Ostdeutschland ausbrach, stürzte sich Susan natürlich in die Anleitung und das Vorantreiben unserer trotzkistischen Intervention. Sie spielte eine Hauptrolle beim Aufbau der Einheitsfrontmobilisierung, die wir initiierten, um gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals zu protestieren, und zu der am 3. Januar 1990 250 000 Demonstranten in den Treptower Park in Ostberlin kamen.

Als 1992 die LTF-Führung demselben Druck nachgab, den Susan woanders so klar gesehen und so gut bekämpft hatte, gab es einen scharfen politischen Kampf bei einer IKL-Konferenz. Susan versuchte, sich die politischen Lehren des Kampfes anzueignen, und nur wenige Monate später akzeptierte sie die schwierige Aufgabe, die kleine IKL-Station in Moskau anzuleiten. Sie führte damit die Arbeit unserer Genossin Martha Phillips fort, die dort Anfang 1992 auf ihrem Posten ermordet worden war. In einer Situation, in der es wenig Raum für Fehler gab, kämpfte unsere Moskauer Gruppe für die Wiederverankerung des Bolschewismus angesichts der Verwüstung durch die kapitalistische Konterrevolution und gegen die reaktionären Chauvinisten stalinistischer Herkunft von der „rot-braunen“ Koalition.

Obwohl Susan es mit fremden Sprachen nicht leicht hatte, begann sie mit Russisch genauso diszipliniert und entschlossen, wie sie es mit dem Französisch-Studium getan hatte. Die Kombination von eingeschränkten Parteiresourcen und der überwältigend negativen objektiven Situation in der früheren Sowjetunion zwang uns, die organisierte Präsenz in Moskau aufzugeben. Bis in ihre letzten Tage sprach Susan liebevoll über ihre „Moscow Boys“, wie sie die jungen Mitglieder aus verschiedenen Ländern nannte, darunter neu gewonnene Genossen aus der früheren DDR, die sich freiwillig für diese beschwerliche und gefährliche Aufgabe gemeldet hatten und die ihre Formung zu leninistischen Kadern unter Susans Anleitung erhielten.

Nach fast 20 Jahren Tätigkeit außerhalb des Landes kehrte Susan in die USA zurück, um in der zentralen Parteileitung zu arbeiten. Sie richtete ihre Energie besonders auf die Arbeit mit einer neuen Schicht von neu gewonnenen Jugendlichen in New York und landesweit. Mit der Absicht, aus unserer sehr erfolgreichen Anti-Klan-Mobili-

sierung im Oktober 1999 Kapital zu schlagen, schrieb Susan einen Brief an unsere New Yorker Ortsgruppe, deren politische Vorsitzende, sie war:

„Diese Demonstration stellt das letzte Jahrzehnt, wo nicht viel passierte, wirklich in einen Zusammenhang. In den letzten Jahren gab es viele Kämpfe in der Partei. Wir haben versucht, den Rost abzuschütteln und uns gerade auf diese Art von Situation vorzubereiten, auf die die Partei meiner Meinung nach diesen Monat sehr gut reagiert hat. Und jetzt stellt sich die Frage des Nachverfolgens. Kurz gesagt ist der ganze Punkt folgender: Das ist es, wofür wir leben, worauf wir uns vorbereiten, und jetzt sind wir in dieser Situation und müssen sie in der maximalen politischen Art und Weise ausnutzen.“

Während dieser Zeit widmete sie auch viel von ihrer schwindenden Energie der Vorbereitung ihrer öffentlichen Präsentation über „Frauen und die Französische Revolution“ und deren Ergänzung für die Veröffentlichung. Selbst als sie in ihren letzten paar Tagen ihre Wohnung nicht mehr verlassen konnte, war sie damit beschäftigt, beim Aussuchen der Grafiken für das Layout zu helfen. Mehrere ihrer Projekte sind noch unvollendet, darunter ein Index für die erste gebundene Ausgabe des *Spartacist* in französischer Sprache.

Susans Schönheit und Anmut beeindruckte alle, die sie trafen. Sie widmete sich den neuesten Jugendmitgliedern und hörte ihre Meinungen genauso aufmerksam an wie die der erfahrensten Parteikader und sie stritt mit ihnen offen, wenn sie nicht mit ihnen übereinstimmte. Sie hatte ein ausgeprägtes intellektuelles Interesse, und viele von uns erinnern sich liebevoll an eine gemeinsame Tour durch Buchläden, einen Roman, eine Schostakowitsch-Sinfonie, eine Kunstausstellung oder ein Theaterstück, in welcher Stadt der Welt wir uns auch immer trafen. Ihre kritische Haltung, ihre Integrität und ihre revolutionäre Entschlossenheit dienen uns allen als Inspiration, wenn wir vorwärts gehen, um die Aufgabe zu verwirklichen, der sie ihr Leben gewidmet hat: die Wiederschmiedung einer trotzkistischen Vierten Internationale und die Verwirklichung des weltweiten Kommunismus.



Spartakist

Ostberlin, 14. Januar 1990, während der beginnenden proletarisch-politischen Revolution: Susan (links) mit Spartakist-Kontingent auf Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. An der Gedenkstätte der Sozialisten, wo Rosa und Karl begraben sind, legte die SpAD am 24. Februar einen Kranz zu Ehren von Susan nieder

Europaweite Proteste...

Fortsetzung von Seite 3

„sozialverträglich“ 1700 Jobs verschwinden, wie von den Bossen schon angekündigt. Außerdem fordern die Bürokraten und Betriebsräte die „Verteilung der Lasten auf alle GM-Werke“. Gleichzeitig spalten die sozialdemokratischen Gewerkschaftsirreführer die Arbeiter mit antiamerikanischem Chauvinismus und unterstützen ihre jeweils „eigene“ Bourgeoisie mit der Verbreitung von giftigem Protektionismus: „Wir sind keine texanische Kolonie, wir sind Kompetenzzentren“, so Reinhard Kuhlmann, Generalsekretär des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes und Mitglied des Opel-Aufsichtsrates, bei der Demonstration in Rüsselsheim (*Darmstädter Echo*, 25. Januar). Die gleichen IG-Metall-Bürokraten lassen die Chrysler-Arbeiter in den USA und Lateinamerika hängen, indem sie nichts tun, die Arbeiter von Daimler hier gegen die Entlassungen in Nordamerika und Südamerika zu mobilisieren.

Auszubildende in Bochum trugen ein Banner mit der Aufschrift: „Heute Luton und Izmir, morgen wir?“ Dafür sorgten Jugendliche türkischer/kurdischer Herkunft, die dort ausgebildet werden; dies ist eine konkrete Bestätigung der wichtigen Rolle der türkischen/kurdischen Immigration für den Klassenkampf hier und als eine Brücke für die Klassenkämpfe in der Türkei.

Trotz großer Wut unter den Arbeitern war die Stimmung bei den Protesten eher gedrückt, wie Verkäufer von *Spartakist* bzw. *Workers Hammer* (Zeitung der Spartacist League/Britain) bei den verschiedenen Demonstrationen berichteten. Kein Wunder, wussten die Arbeiter sich doch von ihrer eigenen Gewerkschaftsführung verraten, von der sie auch keine wirksamen Aktionen mehr erwarten. Bei Opel Bochum wurden letztes Jahr mehrere kurze Streiks gegen zunehmende Arbeitshetze und drohende Entlassungen durchgeführt. Diese Aktionen fanden zum großen Teil gegen die offizielle Gewerkschaftsführung statt, die Jobabbau und Erhöhung der Arbeitshetze absegnet und als Erfolg feiert. So wird in einer Presseerklärung der IG Metall vom 20. März der Eindruck vermittelt, dass die Zukunft der Arbeiter in Luton gesichert sei. Es heißt dort: „Den britischen Werken Luton und Ellesmere Port wird ein Kapazitätszuwachs zugesichert.“ Tatsächlich wird aber nur ca. der Hälfte

von 3500 Arbeitern zu sehr viel schlechteren Bedingungen Arbeit in der nahe gelegenen IBC-Fabrik angeboten.

Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht (GAM) schreibt: „Die Belegschaften brauchen gewählte und abwählbare Aktions- und Streikkomitees zur Organisation dieser Kämpfe und um ihre Führer und Führerinnen jederzeit kontrollieren zu können. Dazu brauchen wir eine Koordination der kämpferischen Teile in allen GM-Werken wie in der gesamten Automobilindustrie, eine internationale Basisbewegung, die nicht nur die Bürokratie kritisiert, sondern auch in der Praxis eine alternative Führung aufbaut“ (*Infomail* Nr. 18, 10.02.00 [sic]). Welches Programm soll diese „alternative Führung“ haben? Lautes Schweigen, die GAM bietet nur eine Wunschliste von Aktivitäten: „Ein unbefristeter Streik und die Besetzung des Werkes [GM-Luton] wären jetzt notwendig“ (a.a.O.).

Aber in ihrem Artikel „Angriffe auf das Gesundheitswesen – Kranke Privatisierung“ (*Arbeitermacht* März/April 2001) rücken sie mit ihrem Programm heraus und raten den „Aktivisten und Aktivistinnen in den Krankenhäusern“: „die Führungen der Gewerkschaften, der SPD und der PDS sowie der Sozialverbände aufzufordern, Kampfmaßnahmen vorzubereiten. So können die Führungen dieser Organisationen, die sich oft genug in ihrer Rolle als ‚Vertreter des kleinen Mannes‘ sonnen, in der Praxis, anhand ihrer Taten (oder ihrer Untätigkeit) getestet werden.“ Die Arbeiter – ob bei GM oder im Gesundheitswesen – wissen aus ihrer eigenen Erfahrung und sind wütend darüber, wie die Gewerkschaftsführung ihre Kämpfe sabotiert. Die GAM aber fordert sie auf, gleich noch mal auszuverkaufen, um sie zu „testen“! Dies soll das Image der Sozialdemokratie aufpolieren als Kraft, die man irgendwie nach „links“ drängen kann, wenn man nur genug schubst. Die GAM ist ebenso wie ihre österreichischen und britischen Schwesterorganisationen bekannt dafür, bei jeder Wahl sklavisch hinter ihrer jeweiligen Sozialdemokratie herzukriechen und zu deren Wahl aufzurufen.

Die Gewerkschaftsbürokratie ist durch und durch verwoben mit SPD und PDS. Es ist genau die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung hier – und Blairs Regierung in Britannien –, die die Angriffe auf breiter Front gegen die Arbeiterklasse führt. Die PDS führt in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt genau die gleiche Politik von Sozialraub und rassistischen Abschiebungen durch wie die SPD.

Die „alternative Führung“, die die GAM propagiert, ist also nichts anderes als eine Variante des gleichen sozialdemokratischen Mülls. Die Autoindustrie ist international schon in einer Rezession. Die Kapitalisten werden alles tun, um ihre Profite zu retten, d. h. Rationalisierungen und damit einher gehende Entlassungen durchführen. Um diese Angriffe zurückzuschlagen, ist es notwendig, mit der Sozialdemokratie und ihren Helfershelfern zu brechen! Im Kapitalismus gibt es keinen Ausweg aus dem Niedergang der Industrie, weder in England oder Deutschland noch in den USA. Um diesen Kampf erfolgreich zu führen, braucht die Arbeiterklasse eine revolutionäre Führung. Brecht mit der Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! ■

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

SPARTACIST

İLKELER VE BAZI PROGRAM ÖGELERİ BİLDİRİŞİ

ENTERNASYONEL KOMÜNİSTİK LİGA (DÖRDÜNCÜ ENTERNASYONALİSTLER)

1. Dünya Sosyalist Devrimi ve Enternasyonel Komünist (Dördüncü Enternasyonalist)
2. Proleter Önderlik Kritisi
3. Rus Devrimi'nin Partisi Biziz
4. Enternasyonel Komünist Liga'nın (Dördüncü Enternasyonel Komünist) Kurumsal ve Tarihsel Kökenleri
5. Sosyalist Devrimin Ulusalist Karakteri
6. Tüm Emzilenlerin Savunulmasını İstedi Sınıfının Öncüleri
7. Revizyonizmin Burjuva Temeli
8. Emperyalist Savaja Karşı Mücadele
9. Ulusal Sorun ve Tüm Ulusların Kendi Kaderlerini İstedi
10. Sömürge Devrimi, Süretili Devrim ve "Gerilla Yolu"
11. Halk Cephesi: Bir Taktik Değil, Savaşın En Büyük Ayağı
12. Devrimci Parti: Program, Örgütlenmesi ve Disiplini
13. Tarihi Değişimlere İhtim Müdahale Edeceğiz!

Declaration of Principles and Some Elements of Program
International Communist League (Fourth Internationalist)
Published August 1999

SPARTACIST

**Διακήρυξη Αρχών και
Μερικά Στοιχεία Προγράμματος
Διεθνούς Κομμουνιστικής Ένωσης
(Τεταρτοδεδνησιακή)**

1. Η παγκόσμια σοσιαλιστική επανάσταση και η Διεθνής Κομμουνιστική Ένωση (Τεταρτοδεδνησιακή)
2. Η κρίση της εποχής του προλεταριάτου
3. Είμαστε το κόμμα της Ρώσικης Επανάστασης
4. Οι θεωρητικές και ιστορικές ρίζες της Διεθνούς Κομμουνιστικής Ένωσης (Τεταρτοδεδνησιακής)
5. Ο διεθνής προλεταριάτος της σοσιαλιστικής επανάστασης
6. Ο κριτικότερος ρόλος της εργατικής τάξης στην υπεράσπιση όλων των καταπιεσμένων
7. Η σωτηρία όλων των αναπνευστικών πάλαιον
8. Η μόνη σωτηρία στον ιμπεριαλιστικό πάλαιον
9. Το εθνικό ζήτημα και το διακομματικό είναι των εθνών στην αυτοάμυνα
10. Η επαναστατική επανάσταση, η θεωρία επανάστασης και ο "αντιεθνικός δρόμος"
11. Το Λαϊκό Μέτωπο: Όχι μια τακτική, αλλά το μεγαλύτερο εργαλείο
12. Το επαναστατικό κόμμα: το πρόγραμμα, η οργάνωση και η πειθαρχία του
13. Οι αλλαγές για να αλλάξουμε την ιστορία!

Declaration of Principles and Some Elements of Program
International Communist League (Fourth Internationalist)
Published May 2000

**Bestellt!
Jetzt auf
Griechisch
erschienen!**

**20 Seiten
DM 2,-**

**Auch auf
Türkisch
erhältlich.**

**Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60**

Für eine sozialistische Föderation des Balkans!

Balkan-Verstrickungen

26. März – Weniger als zwei Jahre nach dem von den USA angeführten NATO-Angriff gegen Serbien droht das Pulverfass Balkan den Imperialisten um die Ohren zu fliegen. Nachdem sie den Kampf der ethnisch albanischen Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) als Vorwand für ihren Krieg um die Vorherrschaft gegen das ehemalige serbische Regime von Slobodan Milošević benutzt hatten, stellen die Imperialisten jetzt fest, dass die UCK die Region in einen neuen interkommunalistischen Konflikt treibt. „Westen alarmiert über wieder zunehmende Kriegshandlungen auf dem Balkan“ lautete eine Schlagzeile der *New York Times* (17. März).

Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, die als Sprungbrett für den Krieg der NATO gegen Serbien diente, ist in einen potenziellen Bürgerkrieg mit der Nationalen Befreiungsarmee verwickelt, die sich angeblich von den Guerillas des Kosovo unterscheidet, deren albanische Initialen aber ebenfalls UCK sind. Am 21. März rückten inmitten heftiger Kämpfe zwischen mazedonischen Truppen und UCK-Guerillas ein deutscher Panzerverband



Laszlo Balogh/Reuters

**US/Bundeswehr/UN/NATO-
Truppen raus aus dem Balkan!**

WORKERS VANGUARD

der KFOR (Kosovo-Besatzungsmacht) und 1000 Soldaten in die Stadt Tetovo ein. Anfang dieses Monats war eine von den USA geführte KFOR-Einheit in ein Feuergefecht mit UCK-Kommandos an der Grenze zum Kosovo verwickelt. Als Antwort auf europäische Forderungen nach „robustem“ Vorgehen gegen die albanischen Separatisten verspricht Außenminister Colin Powell jetzt, die „militärischen Fähigkeiten“ des mazedonischen Regimes zu stärken und dessen „Bestrebungen zur Aufrechterhaltung eines demokratischen, multiethnischen Staates“ zu unterstützen. Angesichts bedeutender mazedonisch-slavischer und albanischer Minderheiten in Griechenland und des Auftretens der Türkei als Beschützer der muslimischen Völker des Balkans könnten die Bestrebungen der UCK nach einem Großalbanien leicht diese historischen Feinde – und NATO-Part-

ner – in einen voll entwickelten Krieg hineinziehen.

In Bosnien, das noch immer von einer Streitmacht von mehr als 20.000 Mann unter der Oberaufsicht der Vereinten Nationen besetzt ist, droht die nationalistische Kroatische Demokratische Union sich abzuspalten und das „multiethnische, demokratische“ Kartenhaus, das 1995 durch das von den USA aufgezwungene Dayton-Abkommen errichtet wurde, zum Einsturz zu bringen, wobei das Gespenst neuerlicher ethnischer Massaker zwischen bosnischen Muslimen, Kroaten und Serben wieder belebt würde.

Serbien, das nach Miloševićs Absetzung im letzten Herbst von den Herren von der Wall Street, Frankfurt und der City of London zur „Demokratie“ gesalbt wurde, ist verärgert über wiederholte Überfälle eines lokalen UCK-Ablegers auf die von den Imperialisten eingerichtete „Bodensicherheitszone“ entlang seiner südlichen Grenze mit

dem Kosovo. Die NATO hat jetzt serbische Militärstreitkräfte aufgefordert, in dieses Gebiet wieder einzurücken.

Während opportunistische Linke sich vor zwei Jahren ihren jeweiligen kapitalistischen Regierungen anschlossen und die Kriegstrommel für das „arme kleine Kosovo“ rührten, kämpfte die Internationale Kommunistische Liga für die Niederlage der US/NATO-Imperialisten durch Arbeiterrevolution und für die militärische Verteidigung Serbiens. Dieser Krieg hatte nichts mit der Verteidigung der Kosovo-Albaner zu tun. Sein Ziel war von Anfang an, die Herrschaft der USA in Europa geltend zu machen und lang gehegte Pläne zur Errichtung einer bedeutenden NATO-Militärpräsenz in Serbien zu verwirklichen. Wir geißelten den Raub„frieden“, der von den blutigsten Massenmördern der Welt diktiert wurde, die mehr Zerstörung über Jugoslawien gebracht haben als Hitlers Nazis im Zweiten Weltkrieg, und erklärten:

„Dieser Sieg der Imperialisten ist nicht nur ein Schlag gegen die Bevölkerung Serbiens und des ganzen Balkans, sondern auch gegen die arbeitenden Menschen und Unterdrückten auf der ganzen Welt. Er unterwirft die Kosovaren – Serben, Roma und Albaner gleichermaßen

Fortgesetzt auf Seite 8

Balkan...

Fortsetzung von Seite 7

– direkt dem Joch des Imperialismus und verstärkt damit den nationalen Hass in der Region... Gleichzeitig wird die imperialistische Besetzung des Balkans die Rivalität zwischen den imperialistischen Großmächten verschärfen und damit den Drang zu einem zukünftigen, noch blutigeren Krieg zwischen den Imperialisten beschleunigen.“ (*Spartakist* Nr. 136, Sommer 1999)

Kosovo wurde in ein NATO-Protectorat verwandelt, aufgeteilt in britische, französische, deutsche, italienische und amerikanische Besatzungszonen unter der Oberherrschaft der USA, die die Führungsrolle in der NATO innehaben. Hinter der scheinbaren Freundschaft zwischen den imperialistischen Besatzern verbergen sich äußerst unterschiedliche Interessen. Deutschland will wieder Ansprüche auf seine traditionelle Einflussphäre, insbesondere im nördlichen Balkan, geltend machen; die D-Mark ist jetzt im Kosovo und in anderen Gegenden auf dem Balkan die Hauptwährung. Britanniens Ambitionen wurden anschaulich vorgeführt durch die bizarre Zeremonie, die vergangene Woche im Londoner Claridge's Hotel veranstaltet wurde, als Kronprinz Alexander in der Suite, in der er 1945 zur Welt kam, die serbische Staatsbürgerschaft verliehen wurde, ein Vorspiel zur Wiedereinführung der Monarchie. Diese Suite war am Tag seiner Geburt zu „jugoslawischem Territorium“ erklärt worden, um seinen Anspruch auf den (abgeschafften) serbischen Thron sicherzustellen! Auch Frankreichs Begierden sind historisch auf Serbien gerichtet, wie die Italiens auf Albanien, und Russland ist zu seiner vorrevolutionären Gebärde als „großer Bruder“ der slawischen Völker zurückgekehrt.

Das erneute Aufflammen der Feindseligkeiten auf dem Balkan fällt zusammen mit einer offen zur Schau getragenen zunehmend kriegslüsternden Außenpolitik der USA. Die pauschale Ausweisung von mehr als 50 russischen Diplomaten in der vergangenen Woche ist die größte Provokation dieser Art seit dem Höhepunkt der Kalten-Kriegs-Offensive gegen die Sowjetunion durch die Reagan-Administration in den 80er-Jahren. Gleichzeitig empfangt die Bush-Regierung demonstrativ einen Vertreter der tschetschenischen Separatisten, die von Russland brutal als „Terroristen“ unterdrückt werden.

Auch zwischen Washington und seinen westeuropäischen „Alliierten“ haben sich die Spannungen verschärft. Heute lautet eine Schlagzeile der *New York Times*: „Europa und Bush: Frühe Sturmwolken ziehen auf“. Die Europäer sind gegen amerikanische Pläne für ein „Krieg-der-Sterne“-Raketenabwehrsystem, und die USA prangern europäische Pläne an, eine „Schnelle Eingreiftruppe“ als Gegengewicht zur NATO aufzubauen. Als Widerspiegelung seiner eigenen imperialistischen Appetite im ölreichen Nahen Osten sprach sich kürzlich Frankreich, wie auch Russland, offen gegen das von den USA diktierte UN-Embargo gegen Irak aus. Innerhalb der Europäischen Union dient so gut wie alles von Asylsuchenden bis zum kürzlichen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche als Vorwand zur Verschärfung von Grenzkontrollen und Verbreitung von nationalem Chauvinismus. Und derartige Spannungen zwischen den kapitalistischen Großmächten können sich durch das Aufkommen einer internationalen Rezession nur noch erhöhen.

Washingtons Hauptangriffsziel ist der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat China. Der Londoner *Guardian* (24. März) berichtet von einer jüngsten Neuorientierung der Politik durch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, worin China als „die wichtigste Bedrohung für globale amerikanische Vorherrschaft“ dargestellt wird, und schreibt

über „Washingtons Entscheidung, einen größeren Teil seiner Geschütze und Raketen gegen China zu richten“. Die Bush-Regierung spricht davon, Taiwan Zerstörer mit fortgeschrittenen Aegis-Radarsystemen zu liefern, während sie ihre „Krieg-der-Sterne“-Raketenabwehrpläne mit aller Kraft vorantreibt, die vor allem darauf abzielen, Chinas Atomarsenal auszuschalten. Eine vom Imperialismus unterstützte Konterrevolution, die die verbliebenen Errungenschaften der Revolution von 1949 zerstören würde, würde für die Arbeiter und Armen Chinas ungeheueres Elend bedeuten und einen potenziell verheerenden Konkurrenzkampf zwischen den USA und Japan über die Beute auslösen. Es liegt im unmittelbaren Interesse des internationalen Proletariats – insbesondere der Arbeiter und Minderheiten in den USA –, für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution zu kämpfen.

Konterrevolution entfacht nationalistische Kriege

Als Folge der Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 sind die Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Großmächten immer stärker hervorgetreten. Wir haben öfter angemerkt, dass nach der kapitalistischen Konterrevolution im Land der bolschewistischen Revolution von 1917 die Grundzüge der internationalen politischen Lage zunehmend denen vor dem ersten interimperialistischen Weltkrieg von 1914–18 ähneln. Dass der winzige Staat Mazedonien heute im internationalen Rampenlicht steht, ist in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich.

Britanniens Lord Owen, ehemals Labour-Party-Führer, verlangte kürzlich ein „zeitgemäßes Gegenstück zum Berliner Kongress von 1878 mit im voraus vereinbarten Grenzänderungen, die von den Großmächten gebilligt werden“ (*New York Times*, 25. März). Jener Kongress schuf die Kleinstaaten, aus denen die Balkanhalbinsel am Vorabend des Ersten Weltkriegs bestand; voneinander getrennt durch künstlich gezogene Grenzen, die viele Völkerschaften der Region zerteilten, wie es den Großmächten – hauptsächlich Britannien, dem zaristischen Russland, Bismarcks Deutschland und dem Habsburger Österreich – passte. Dieser Zeitraum markiert den Aufstieg der modernen imperialistischen Epoche, die der bolschewistische Führer W.I. Lenin später als „das höchste Stadium des Kapitalismus“ bezeichnete, gekennzeichnet durch eine wachsende Monopolisierung, durch die Herrschaft des Banken- und Finanzkapitals über die Industrie und das Gerangel einer Hand voll großer kapitalistischer Länder, um sich gegenseitig Kolonien, Märkte und Ausbeutungssphären abzuringen. Der Balkan war einer der Hauptschauplätze dieser konkurrierenden imperialistischen Gelüste.

Der unmittelbare Auslöser der Balkankriege 1912/13 war ein Aufstand der Kosovo-Albaner, deren Einnahme Skopjes, der heutigen Hauptstadt Mazedoniens, den Zentralbalkan destabilisierte. Während die osmanische Türkei sich auflöste und Österreich vordrang, führten die Balkan-Kleinstaaten gegen die Türkei – und dann gegeneinander – Kriege in wahnwitziger Raserei nach Landbesitz. Mazedonien wurde zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland aufgeteilt. Das war ein Vorspiel zum Ersten Weltkrieg, der durch das Attentat eines serbischen Nationalisten auf einen österreichischen Erzherzog ausgelöst wurde.

Der einzige Zeitraum, in dem die nationalistischen Feindseligkeiten in dieser Region zurückgingen, war während des Bestehens der multinationalen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorging durch den Sieg von Josip Broz Titos kommunistischen Partisanen über die Besetzung der Nazi-Wehrmacht sowie über die kroatischen faschistischen Usta-

sch und die serbischen royalistischen Tschetniks. Aber der Sieg von Titos Stalinisten endete mit der Errichtung eines von Anfang an bürokratisch deformierten Arbeiterstaates, in dem der Arbeiterklasse die politische Macht vorenthalten wurde. Die jugoslawische Verfassung von 1945 garantierte allen südslawischen Völkern formale Gleichheit, und die relative nationale Harmonie, die unter proletarischer Staatsmacht und kollektivierter Wirtschaft erlangt wurde, steht in starkem Kontrast zu dem kommunalistischen Blutherrschaft und die nationalistischen Deformationen, die im stalinistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ angelegt sind, standen einer dauerhaften, gerechten Lösung der nationalen Frage im Weg.

Eine sozialistische Föderation des Balkans hätte sich notwendigerweise auf Rumänien, Bulgarien, Albanien und Griechenland mit seinen bedeutenden mazedonischen und albanischen Minderheiten ausdehnen müssen. Stalin, der darauf aus war, seine Kriegsbündnis mit dem britischen Imperialismus nach 1945 aufrechtzuerhalten, ließ zu, dass die griechischen Kommunisten vom britischen Imperialismus und der einheimischen Reaktion im Bürgerkrieg zerschlagen wurden, was die fortgesetzte Herrschaft der chauvinistischen griechischen Bourgeoisie sicherstellte. Schließlich setzte Titos Bruch mit Stalin 1948 den Plänen einer Föderation Jugoslawiens mit Bulgarien und Rumänien, die moskautreue Regime hatten, ein Ende.

Unter zentraler Planung wurden wirtschaftliche Unterschiede zwischen rückständigen Regionen und industrialisierteren Gegenden, wie Slowenien und Kroatien, etwas abgemildert durch die bevorzugte Zuweisung von Investitionen und anderen Ressourcen. Titos Einführung des „Marktsozialismus“ in den 60er-Jahren verstärkte regionale Ungleichheiten und gab einem wiederauflebenden Nationalismus Nahrung, wodurch einem Auseinanderbrechen der stalinistischen Bürokratie nach Titos Tod 1980 der Weg bereitet wurde. In unserem Artikel „The National Question in Yugoslavia“ [Die nationale Frage in Jugoslawien] (*Workers Vanguard* Nr. 106 und 110, 23. April und 21. Mai 1976) warnen wir: „Die Bedingungen für einen blutigen Bürgerkrieg in Jugoslawien häufen sich an – ein Bürgerkrieg, der angesichts der regionalen wirtschaftlichen Unterschiede möglicherweise unter dem Deckmantel eines ‚nationalen Befreiungskampfes‘ stattfindet.“

Genau das geschah, als der Stalinismus in Osteuropa und der Sowjetunion zusammenbrach. Slowenien und Kroatien

spalteten sich von der jugoslawischen Föderation ab und restaurierten 1991 den Kapitalismus, wodurch sie einen ethnischen Bürgerkrieg zwischen Serben und Kroaten auslösten, der den deformierten Arbeiterstaat Jugoslawien zerstörte. Das hatte der deutsche Imperialismus kurz nach seiner konterrevolutionären Annexion der DDR angezettelt. Dann setzte Washington Bosnien unter Druck, seine Unabhängigkeit zu erklären, und zettelte dadurch ein noch blutigeres interkommunistisches Gemetzel an. Während die Imperialisten (und ihre „linken“ Schoßhündchen) Miloševićs Serbien wegen „ethnischer Säuberungen“ geißelten, bestand der größte einzelne Akt „ethnischer Säuberungen“ während der jüngsten Balkankriege in der Vertreibung von etwa 200 000 Serben aus der Krajina-Region von Kroatien 1995 – eine Gräueltat, begangen im Zusammenspiel mit den USA.

Bis jetzt war Mazedonien relativ immun gegen nationalistischen Brudermord und wurde von den imperialistischen Medien für sein prowestliches „multiethnisches“ Regime gelobt, zu dem auch die Demokratische Partei für Albaner gehört. In Wirklichkeit stehen an der Spitze der gegenwärtigen Koalitionsregierung, die 1998 die exstalinistische Sozialdemokratische Allianz abgelöst hat, extremistische mazedonische Nationalisten, deren Namensvetter, die Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation, in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg ein Werkzeug der äußersten Rechten Bulgariens war. Ethnische Albaner stellen wenigstens ein Viertel bis zu einem Drittel der Bevölkerung – die genaue Anzahl selbst ist Gegenstand politischer Auseinandersetzung, wobei die jüngsten Kämpfe gerade vor einer geplanten Volkszählung im April ausbrachen –, sind aber größtenteils von Regierungsposten, der Polizei und der Armee ausgeschlossen. Die Verwendung der albanischen Sprache ist weitgehend eingeschränkt, und das Regime unterdrückte eine albanischsprachige Universität, die vor ein paar Jahren in Tetovo errichtet worden war. Der Zustrom von etwa 200 000 albanischen Flüchtlingen aus dem Kosovo, viele von ihnen auf der Flucht vor den NATO-Bomben, rief heftigen Widerstand hervor.

Die mazedonische UCK behauptet, nicht für die Los-trennung zu kämpfen. In Wirklichkeit strebt die UCK schon lange ein „Großalbanien“ an, das auch Teile Nordwestgriechenlands einschließt. Und Griechenland hat es seit langem auf Mazedonien abgesehen. Als Mazedonien 1992 seine Unabhängigkeit erklärte, forderte die griechische

Fortgesetzt auf Seite 10



Fotos: AFP

Brodelnder Hexenkessel Balkan: Mazedonische Polizei feuert auf Stellungen albanischer Separatisten vor Tetovo (oben). Albanische Einheit auf einem Marsch entlang serbischer Grenze

Balkan...

Fortsetzung von Seite 9

Bourgeoisie, das Land solle sich nach seiner Hauptstadt Skopje nennen, und schrie: „Mazedonien ist Griechenland!“ Für einen möglichen Einmarsch wurden Truppen mobil gemacht und es wurde ein drei Jahre dauerndes Wirtschaftsembargo verhängt. Die Feindschaft der Bourgeoisie gegenüber den in Griechenland lebenden Mazedoniern, denen die Rechte auf ihre eigene Sprache vorenthalten werden und die systematischer Diskriminierung ausgesetzt sind, wird noch durch die Tatsache angeheizt, dass sie in den kommunistisch geführten Streitkräften im griechischen Bürgerkrieg eine überproportionale Rolle gespielt hatten.

In „The National Question in Yugoslavia“ schrieben wir: „Marxisten sollten selbstverständlich das Recht des albanischen Volkes im Kosovo und in Westmazedonien auf Vereinigung mit Albanien anerkennen. Die Grenze in dieser Region wurde durch militärische Eroberungen der serbischen Bourgeoisie 1913 festgelegt und spiegelt in keiner Weise die nationalen Grenzen Albanien wider.“

Unsere Verteidigung des Selbstbestimmungsrechts der Albaner in Kosovo, Mazedonien und Griechenland bedeutet auf gar keinen Fall eine politische Unterstützung für den reaktionären Nationalismus der UCK, die gezeigt hat, dass sie genauso zu blutigen „ethnischen Säuberungen“ fähig ist wie die serbischen Chauvinisten. Unter dem Schutz ihrer imperialistischen NATO-Schirmherren hat die UCK Zehntausende Serben und Roma durch pogromartige Massaker aus ihren Wohnorten vertrieben, wobei sie erst kürzlich im Februar einen Bus mit serbischen Zivilisten bombardierte.

Darüber hinaus war die Frage der albanischen Selbstbestimmung während des Krieges von 1999 der militärischen Verteidigung Serbiens gegen die US/NATO-Streitkräfte untergeordnet, was ebenfalls kein Quäntchen politischer Unterstützung für das serbisch-chauvinistische Milošević-Regime in Belgrad beinhaltete. Jetzt, wo das Kosovo ein NATO-Protektorat ist, kann es keinen unabhängigen Kampf für nationale Rechte der ethnischen Albaner oder irgendeiner anderen nationalen Minderheit in der Region geben, wenn dieser nicht zuallererst danach trachtet, die imperialistischen „Friedenstruppen“ hinauszuerwerfen. Gleichzeitig erklärten wir in unserem Artikel am Ende des



US/NATO-Bombenangriff vom April 1999 auf Flüchtlingskonvoi im Kosovo tötete 82 Albaner

Krieges: „Es kann gut sein, dass sich die Frage der militärischen Verteidigung der Kosovo-Separatisten gegen US/NATO-Kräfte stellt, falls es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt, wenn die imperialistischen Besatzungstruppen darangehen, die UCK zu entwaffnen.“

Die PDS, die zweite sozialdemokratische Partei in Deutschland, die während des NATO-Krieges gegen Serbien in Opposition zur *US-geführten* NATO, die Intervention der UNO und der stärker von Deutschland dominierten OSZE forderte, ist jetzt um den Erhalt Mazedoniens in seinen gegenwärtigen Grenzen besorgt. Die PDS-Vorsitzende Zimmer spricht von „albanischen Extremisten“ und von dem „fortgesetzten Terror der UCK im Kosovo und nunmehr auch gegen Mazedonien“ und fordert die Durchsetzung der UN-Resolution 1244 zur Entwaffnung der UCK: „Dazu gehört sowohl die längst fällige vollständige Entwaffnung der UCK und ihrer gegen Mazedonien und Südserbien operierenden Extremisten als auch die wirksame Sicherung der Grenzen zwischen Kosovo, Mazedonien sowie den südserbischen Provinzen. Dazu gehört auch die konsequente Unterbindung jeglichen Waffennachschubs“ (*PDS-Presse-meldung*, 21. März). Das heißt, direkt die Bundeswehr aufzufordern die militärische Kontrolle über den Kosovo effektiver zu machen und Mazedonien zu schützen. Damit ist sich die PDS durchaus einig mit Außenminister Fischer, der am 18. März erklärte: „Die Bundesregierung verurteilt diese Versuche, die territoriale Integrität Mazedoniens zu untergraben und politische Forderungen mit terroristischen Methoden durchzusetzen, aufs schärfste.“

Die PDS bringt hier die Interessen des deutschen Imperialismus zum Ausdruck, der versucht sich vorsichtig der Dominanz des US-Imperialismus zu widersetzen und seine eigene Vormacht zu etablieren. Der Aufbau der Europäischen Sicherheitstruppe ist ein Schritt, die militärische Vormacht der USA einzudämmen. Die PDS appelliert an den deutschen Imperialismus, eine „politische Lösung“ für den Balkan zu suchen. Eben dieser deutsche Imperialismus war aber verantwortlich für das Zerschlagen des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien durch die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens und löste damit die nationalistischen Metzeleien aus. Wir kämpfen für eine sozialistische Föderation des Balkans durch proletarische Revolutionen gegen alle kapitalistischen Regime der Region. *Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Kosovo! Alle US/Bundeswehr-/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan, jetzt!*

Pseudolinke verkaufen imperialistische Lügen

In seinem Artikel „Die Balkanfrage und die Sozialdemokratie“ von 1910 schrieb Trotzki, der während der Balkankriege in der Region als Journalist arbeitete: „Die sozialdemokratischen Parteien Bulgariens und Serbiens, die reifsten Vertreterinnen der Arbeiterbewegung auf dem Balkan, führen unermüdlich einen Kampf an zwei Fronten: gegen ihre eigenen dynastisch-chauvinistischen Cliquen und gegen die imperialistischen Pläne des Zarismus und des Europas der Börsen“ (*Die Balkankriege 1912–13*). Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges bildeten die serbischen Sozialdemokraten und die bulgarischen „Engsozialisten“ (Tesnjaki) gemeinsam mit Lenins Bolschewiki eine harte proletarisch-internationalistische Opposition gegen das imperialistische Gemetzel. Lenins prinzipienfeste Haltung 1914 war die Voraussetzung für den Sieg der von den Bolschewiki geführten Arbeiterrevolution von 1917, die dem Proletariat weltweit den Weg aus dem imperialistischen Krieg aufzeigte.

Im Mai 1919 konstituierten sich die Tesnjaki als die Kommunistische Partei Bulgariens. Wie Joseph Rothschild in seinem Buch *The Communist Party of Bulgaria: Origins and Development 1883–1936* (1959) [Die Kommunistische Partei



Harcourt Brace Jovanovich

Führung von Titos KP-Partisanen setzte sich zusammen aus den vielen Nationalitäten, aus denen Jugoslawien bestand. Tito (Mitte), selber aus Kroatien, zusammen mit slowenischen, serbischen und montenegrinischen Kommunisten. Links: Protest der SpAD am 25. März 1999 in Berlin gegen den imperialistischen Angriff auf Serbien. Mittleres Plakat erinnert: „Rote Armee und Titos Partisanen haben die Nazi-Wehrmacht zerschlagen!“

Bulgariens: Ursprünge und Entwicklung 1883–1936] bemerkte, trat mit ihnen eine Partei in die neue Kommunistische Internationale ein, die ganz aus demselben Holz wie die Bolschewiki geschnitzt war, die „einzige Massenpartei, neben der bolschewistischen, von wahrhaft ‚russischem‘ Charakter“. Auf ihrem Gründungskongress erklärte die bulgarische Partei, dass die Unabhängigkeit der Balkanvölker nur durch die Errichtung einer Balkanföderation sozialistischer Sowjetrepubliken sichergestellt werden könne.

Der gegenwärtige Haufen vorgeblicher „Marxisten“ und „Trotzkisten“ steht nicht in der Tradition der Bolschewiki und der bulgarischen „Engsozialisten“, sondern der deutschen Sozialdemokratie, die – von Lenin als „sozialimperialistisch“ gebrandmarkt – für die imperialistischen Kriegskredite stimmte und die Arbeiter als Kanonenfutter für die kapitalistischen Herrscher mobilisierte. Die reformistischen und zentristischen „Sozialisten“ – von den Cliff-Anhängern der Socialist Workers Party (SWP) in Britannien [in Deutschland Linksruck] und der International Socialist Organization (ISO) in den USA bis zum Vereinigten Sekretariat (VS) von Alain Krivine und der britischen Gruppe Workers Power (WP) [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht] – unterstützten 1999 Kriegsziele und -propaganda der imperialistischen Herrscher, während sie gegen die NATO-Bombardierung wetterten. Der einzige Unterschied zwischen ihnen bestand darin, welcher der verschiedenen imperialistischen Kräfte sie hinterherliefen – den ausgesprochen NATO-freundlichen Regierungen von Clinton und Blair oder den französischen Sozialisten und britischen Labour-„Linken“ usw.

Unter der Wucht eines größeren Krieges in Europa, in den die imperialistischen Mächte verwickelt waren, bot sich uns das Schauspiel ehemaliger „Revolutionäre“ und „Anti-imperialisten“, die sich an Kundgebungen für den NATO-Krieg beteiligten. In der Tat waren es die Liberalen und Pseudosozialisten, die am lautesten und nachdrücklichsten die Lüge verbreiteten, dass es hier um das Elend der Kosovo-Albaner gehe. Ihr ideologischer Kniefall vor den kapitalistischen Herrschern in der Frage des Kosovo spiegelt ihre jahrelange Unterstützung für den westlichen Imperialismus gegen die Sowjetunion im Namen von

„Demokratie“ und „Menschenrechten“ wider. Sie lassen sich nicht von den Interessen des internationalen Proletariats leiten, sondern von der bürgerlichen „öffentlichen Meinung“. Inmitten allseitiger „ethnischer Säuberungen“ stellten sich die Pseudolinken immer hinter diejenige Nationalität, die gerade vom westlichen Imperialismus bevorzugt wurde – und immer gegen die Hauptplage der NATO, Miloševićs Serbien.

Als die USA und Britannien 1993 das bosnisch-muslimische Regime förderten, schloss sich WP pflichtschuldigst an: „Solidarität mit den bosnischen Muslimen!“ WP beteiligte sich zusammen mit dem VS an einer Kampagne für „Workers Aid for Bosnia“ [Arbeiterhilfe für Bosnien], die offen mit den imperialistischen „Friedenstruppen“ zusammenarbeitete und sich ganz unverblümt weigerte, die bosnischen Serben gegen die NATO-Bombardierung zu verteidigen, mit der Position: „Die strategischen Ziele jeder Seite sind reaktionär“ (Erklärung vom 5. September 1995). Die ISO ihrerseits gab vor, gegen die imperialistische Intervention in Serbien zu sein, kritisierte aber die Imperialisten dafür, nicht genug für den Sturz von Milošević getan zu haben, und schrieb: „Die Oppositionsparteien haben den Westen aufgefordert, eine harte Haltung einzunehmen, aber sie wurden enttäuscht“ (*Socialist Worker*, 6. Dezember 1996).

Als sich 1999 die Aufmerksamkeit des Westens dem Kosovo zuwandte, schlossen sich die NATO-„Sozialisten“ an, bestärkt durch die Tatsache, dass die sozialdemokratischen Parteien, die sie unterstützt hatten, jetzt in vielen Ländern Westeuropas an der Macht waren. Sie erhoben ein Geschrei nach „Unabhängigkeit für Kosovo“ und setzten sich für die UCK ein, die sich damit *brüstete*, Ziele für die NATO-Bombeneinsätze auszukundschaften. In einer Erklärung, die bei einer öffentlichen Versammlung in London am 30. März 1999 verteilt wurde, behauptete WP, „die Selbstverteidigung der serbischen Streitkräfte gegen NATO-Angriffe zu unterstützen“, aber „nicht in Kosova, das zu besetzen sie kein Recht haben“ – d. h. *nicht* auf dem Hauptkriegsschauplatz. Im Schlepptau von Blairs Labour Party, die im Krieg gegen Serbien die aggressivste Regierung stellte, war WP tatsächlich einer der stärksten Propagandisten für die NATO-Marionette UCK und marschierte auf einer

Fortgesetzt auf Seite 12

Balkan...

Fortsetzung von Seite 11

Demonstration für „Workers Aid for Kosova“ [Arbeiterhilfe für Kosova] in London neben NATO-Fahnen und war Mitveranstalter einer öffentlichen Veranstaltung in London, deren Hauptredner ein fanatischer NATO-Unterstützer und albanischer Nationalist war.

Auf der anderen Seite des Kanals gab die französische VS-Gruppe, die Ligue communiste révolutionnaire, den antiamerikanischen Nationalismus der französischen Bourgeoisie wider und warb für die UNO oder OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) als Alternative zur NATO. Daniel Bensaïd, ein prominenter französischer VS-Führer, war Mitunterzeichner einer Erklärung, die eine „multinationale Polizeitruppe“ im Kosovo „unter der Schirmherrschaft der OSZE“ forderte, „um ein Übergangsabkommen durchzusetzen“ (Rouge, 1. April 1999). Während die britische SWP in einer „Antikriegs“-koalition mit Tony Benn, dem antiamerikanischen Labour-„Linken“ der Marke „Little England“, untergetaucht war, unterschrieb SWP-Sprecher Alex Callinicos ebenfalls den Pro-OSZE-Aufruf. Und während die SWP gegenüber dem Labourismus von Benn kapitulierte, beugte sich die amerikanische ISO dem vorherrschenden Druck des „Menschenrechtsimperialismus“. Mit ihrem idiotischen Wehklagen: „NATO-Bomben bringen keinen Frieden“, argumentierte die ISO für Selbstbestimmung des Kosovo und wiederholte mit der Bitte um „Geld für Flüchtlinge, nicht für Krieg!“ (Socialist Worker, 7. Mai 1999) die Lüge, es gehe hier um das Elend der albanischen Flüchtlinge.

„Albanische Befreiung“ gegen „Serbische Revolution“

Nachdem sie den vom Imperialismus unterstützten albanischen Nationalisten im Kosovo hinterhergelaufen waren, fanden sich dieselben Gruppen bald im Schlepptau des vom Imperialismus unterstützten serbischen Chauvinisten Vojislav Koštunica wieder, und zwar in der so genannten „Serbischen Revolution“, die Milošević entmachtete und die, wie wir damals in einer Schlagzeile bemerkten, „Made in USA, Germany“ war (Spartakist-Extra, 6. November 2000). In einer Veröffentlichung auf ihrer Internetseite vom 10. Oktober 2000 begeisterte sich WP über „eine gewaltige populäre Revolution“ und erklärte albernerweise, Koštunica „hat sich nicht als offenes Werkzeug der NATO angeboten“. Die *International Socialist Review* (Dezember 2000/Januar 2001) der ISO, dazu gezwungen, die wohl dokumentierten Verbindungen der Opposition gegen Milošević zum westlichen Imperialismus anzuerkennen, kommt dennoch zu dem Schluss, sie seien „weder die Ursache noch die treibende Kraft der Revolte“. Und der britische *Socialist Worker* (24. März) erklärt sogar jetzt noch: „Hunderttausende Menschen in Serbien gingen auf die Straße und brachten das Milošević-Regime zu Fall, nicht dank der NATO.“

Sicherlich, Koštunica warf sich der NATO nicht offen in die Arme. Wenn es überhaupt einen Unterschied gibt, dann ist Koštunica ein noch fanatischerer Chauvinist als Milošević. Er inszenierte 1998 im Kosovo einen Fototermin mit serbisch-chauvinistischen paramilitärischen Mördern und unterstützte die extrem nationalistische Partei von Radovan Karadžić bei den bosnischen Wahlen vom letzten November. Aber Koštunicas Wahlsieg war gekauft und bezahlt von den USA und anderen NATO-Mächten, insbesondere Deutschland, die die Oppositionsparteien offen finanzierten und berieten sowie die Bevölkerung mit der Drohung von fortgesetzten Wirtschaftssanktionen erpressten, wenn sie nicht entsprechend wählen würde. Einer der Hauptemp-

fänger imperialistischer Freigiebigkeit war die Studentengruppe Otpor – ein Liebling der westlichen Linken –, deren allgegenwärtige Plakate mit der geballten Faust und Aufkleber mit „Gotov Je“ (Er ist am Ende) von den USA bezahlt wurden.

Nachdem Milošević abgesetzt war, bemerkte die *New York Times* (19. März): „Die Bush-Regierung und die NATO haben sich besonders angestrengt, die Guerillas in den Hügeln von Mazedonien als ‚albanische Extremisten‘ darzustellen, ein ganz anderes Bild als das von den Kosovo-albanern 1999, die als verfolgte Minderheit Hilfe benötigen.“ Jetzt, wo die UCK von ihren imperialistischen Schirmherren fallen gelassen wird, befinden sich die Opportunisten in einem Dilemma. Als Widerspiegelung der härteren Haltung der europäischen Regierungen gegenüber der UCK schreibt der britische *Socialist Worker* (10. März): „Diese albanischen Guerillaaktionen durften sich zum Teil deshalb entwickeln, weil sie in Zonen operieren, für die die USA verantwortlich sind.“ Indessen neigt der amerikanische *Socialist Worker* (16. März) zu einer etwas anderen Auffassung: „Die NATO plant sogar, die serbisch geführte jugoslawische Armee in eine 5-Kilometer-Pufferzone an der Grenze zum Kosovo einrücken zu lassen, damit sie dieselben albanischen Guerillas angreift, die von den USA im Krieg von 1999 unterstützt wurden.“

Opportunismus ist national definiert. Nach dem Krieg warfen sich ISO und SWP gegenseitig Kapitulation vor, was den kürzlichen offenen Bruch zwischen diesen beiden Gruppen schon andeutete. Laut eines Dokuments von Callinicos, das die Spaltung rechtfertigte, wurde die SWP von der ISO dafür angegriffen, dass sie „Illusionen in die Vereinten Nationen als Alternative zur NATO“ nicht angeprangert und die Frage der Selbstbestimmung des Kosovo ignoriert habe („The Anti-Capitalist Movement and the Revolutionary Left“ [Die antikapitalistische Bewegung und die revolutionäre Linke], 7. März).

Wenn sich die Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Großmächten verschärfen, können sich nationale Unterschiede bei opportunistischen Gelüsten auch nur verschärfen. Denn der gemeinsame Ausgangspunkt für Reformisten und Zentristen ist ihre totale Unterwürfigkeit gegenüber ihren „eigenen“ Herrschern, die im Allgemeinen gegenüber der jeweiligen sozialdemokratischen Arbeiterbürokratie zum Ausdruck kommt. Ihre Rolle als Trommler für den Imperialismus auf dem Balkan deutet eine noch größere Kapitulation an beim unausweichlichen Ausbruch eines neuen interimperialistischen Krieges – unausweichlich, wenn das Proletariat nicht vorher die Macht ergreift.

In einer Schrift von 1908 griff Trotzki die russischen Liberalen scharf an, die die zaristische Autokratie aufforderten, auf dem Balkan zu intervenieren:

„Polen und Ukrainer, Großrussen und Juden, Armenier und Georgier, Slawen und Nichtslawen – wir alle waten bis zu den Knien im Blut, das täglich von der Autokraten-Bande vergossen wird. Und da fordern die Liberalen, dass diese Regierung, die verbrecherischste von allen, die Serben aus den Klauen Österreichs befreien solle...“

Den besten Dienst werden wir den bosnischen Serben, wie überhaupt allen unterdrückten Völkern, erweisen, wenn wir Nikolai II. die Krone vom Haupt reißen.“

Trotzkis revolutionäre internationalistische Politik brachte ihn dazu, sich 1917 Lenins Bolschewiki anzuschließen und die Oktoberrevolution zu organisieren. Und wir Kommunisten der Internationalen Kommunistischen Liga werden allen unterdrückten Völkern der Welt unseren besten Dienst erweisen, wenn wir eine revolutionäre Arbeiterpartei schmieden, die diese bluttriefende herrschende Klasse durch neue Oktoberrevolutionen stürzen wird.

Adaptiert nach Workers Vanguard Nr. 755, 30. März

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 2

die Pseudolinke, dass sie nur in der CDU die wirkliche Interessenvertretung der Kapitalisten sieht. Die Tatsache, dass die SPD eine Arbeiterbasis hat, führen sie als Begründung dafür an, dass die SPD von links unter Druck gesetzt werden könne. Aber die SPD ist das, was Lenin als *bürgerliche Arbeiterpartei* charakterisierte. Die Führungen von SPD und PDS vertreten ein bürgerliches Programm, und mittels der Bürokratie an der Spitze der Gewerkschaften kontrollieren sie diese Massenorganisationen der Arbeiterklasse und ordnen sie den Interessen der Bourgeoisie unter. Als Kommunisten kämpfen wir darum, diese Arbeiterbasis von ihrer Führung zu brechen und für ein revolutionäres Programm zu gewinnen.

Die „Leitkultur“-Debatte

Umweltminister Trittin wurde für die offensichtlich richtige Feststellung, dass CDU-Meyer den Schlachtruf der faschistischen Skinhead-Schläger: „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“, unterstützt, von seiner eigenen Partei und von Schröder selbst zurechtgewiesen. Daraufhin suchten SPD, Grüne und PDS im Bundestag nach Mitteln und Wegen, ihren „Stolz auf Deutschland“ auszudrücken, bemühten sich aber, von jedem Nazi-Image abzurücken; denn dieses würde dem Ansehen des deutschen Imperialismus nicht nur im eigenen Land schaden, sondern vor allem auch bei seinen Weltmachtambitionen. In einer Pressemitteilung der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. März heißt es: „Johannes Rau hat Recht: Auf die zufällige Tatsache, in Deutschland geboren zu sein, kann man nicht stolz sein. Stolz sein können wir aber auf unsere Verfassung und unsere demokratischen Grundwerte.“

Im Namen der „Demokratie“ wurde die konterrevolutionäre Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion vorangetrieben. Heute sind Millionen in der ehemaligen DDR ohne Arbeit und Nazi-Terror gegen Linke und Menschen mit dunklerer Hautfarbe ist alltäglich. Was die Ideologen der herrschenden Klasse als „Sieg der Demokratie“ über den so genannten „stalinistischen Totalitarismus“ verkaufen, hieß, den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, die 1945 von der Roten Armee nach Westdeutschland vertrieben wurden, Fabriken und Land wiederzugeben und den „Drang nach Osten“ des deutschen Imperialismus zu befriedigen. Ein anderer Aspekt dieses bürgerlichen Triumphgeheuls ist die Hetze „Kommunismus = Faschismus“ à la *Schwarzbuch des Kommunismus*. So bezeichnete der Ex-Linke und Fischer-Kumpan Cohn-Bendit das, was sich in den 70er-Jahren abspielte, als „auch linksautoritär und linksstalinistisch“ und setzte noch eins drauf: „In der Erscheinungsform ähnelte es dann dem faschistoiden Gebaren“ (*Spiegel*, 29. Januar).

Im Namen der „Demokratie“ fand auch die Bombardierung Serbiens statt. Um dabei von der Erinnerung an die Gräueltaten der Nazibesatzung abzulenken, entwickelten Schröder, Fischer und Scharping die Propaganda, das sei ein „gerechter Krieg“ gegen den „Hitler“ Milosevic. Diese große Lüge diente dazu, die Bevölkerung – und insbesondere die Arbeiterklasse – im eigenen Land für die Unterstützung imperialistischer Kriege zu gewinnen. Trotzdem gab es in ganz Deutschland Arbeiterproteste gegen diesen Krieg. Die PDS und Oskar Lafontaine spielten dabei eine zentrale Rolle, diese Proteste in nationalistische Bahnen zu lenken und so im Zaum zu halten. Die deutsche Bourgeoisie braucht keinen Hitler, um ihre Ansprüche auf Osteuropa und auf die Ölquellen im Kaukasus geltend zu machen. Es geht für sie im Augenblick viel reibungsloser mit der SPD/Grünen-Regierung, die dies unter dem Banner von „Freiheit“ und

„Demokratie“ tut. Wie Leo Trotzki in *Terrorismus und Kommunismus* gegen den linken Sozialdemokraten Karl Kautsky über das Wesen bürgerlicher Demokratie argumentierte: „Die kapitalistische Bourgeoisie kalkuliert: ‚Solange in meinen Händen der Grund und Boden, die Fabriken, Werke, Banken sind, solange ich die Zeitungen, Universitäten und Schulen beherrsche, solange – und dies ist die Hauptsache – in meinen Händen die Leitung der Armee liegt, solange wird der Apparat der Demokratie, wie ihr ihn auch umbauen mögt, meinem Willen untertan bleiben... Ich werde die privilegierten oder rückständigeren Schichten des Proletariats selbst demoralisieren, betrügen und einschüchtern. Durch die Gesamtheit aller dieser Maßnahmen werde ich dem Vortrupp der Arbeiterklasse nicht gestatten, das Bewußtsein der Mehrheit des Volkes zu beherrschen, solange die Unterdrückungs- und Einschüchterungswerkzeuge in meinen Händen bleiben werden.‘“

Wenn CDU/CSU von der deutschen Leitkultur reden, meinen sie Zwangsassimilierung oder Abschiebung der hier lebenden ethnischen Minderheiten, insbesondere Menschen türkischer und kurdischer Abstammung. Diese Maßnahmen werden jedoch schon von der SPD/Grünen-Regierung umgesetzt – sei es die Streichung des türkischsprachigen Grundschulunterrichts, der Polizeiterrord und das Verbot gegen die PKK und linke türkische und kurdische Organisationen, die Hetze gegen den Neubau von Moscheen oder der „Schutz der deutschen Sprache“ gegen Anglizismen. Diese Maßnahmen werden von täglichen Abschiebungen von Immigranten begleitet. All das soll die rassistische Spaltung der Arbeiterklasse im Sinne des Prinzips „teile und herrsche“ vorantreiben.

Der OPEC-Prozess

Am 22. Dezember 1975 hatte ein fünfköpfiges Kommando, zu dem auch Fischers Ex-Kumpel Klein gehörte, die Ministerkonferenz der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) in Wien überfallen und alle elf Minister nach Algerien entführt. 25 Jahre danach war eine Zeugen-aussage Fischers zu Gunsten des Angeklagten Klein Anstoß für die CDU-Kampagne gegen die „Ex-68er“. Klein ist ein gefährlicher verräterischer Kronzeuge, aber für den OPEC-Anschlag sollte er nicht sitzen. Nachdrücklich fordern wir die sofortige Freilassung des von Klein denunzierten Rudolf Schindler, der im OPEC-Prozess freigesprochen, aber sofort erneut von der Bourgeoisie wegen Mitgliedschaft in den RZ angeklagt wurde.

Fortgesetzt auf Seite 14

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

Luftpost DM 50,-
Seepost DM 20,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

The image shows the front page of the 'WORKERS VANGUARD' newspaper. The masthead is at the top. Below it, a large banner reads 'All U.S./UN/NATO Troops Out Now!'. The main headline is 'Balkans Tangle'. There is a central photograph of a soldier in military gear. Below the photo, there is a sub-headline 'For a Socialist Federation of the Balkans!'. The page is filled with columns of text and smaller images at the bottom.

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 13

1976 waren die Österreichischen Bolschewiki-Leninisten (ÖBL) – aus denen Gründungskader der Trotzlistischen Liga Deutschlands (TLD) hervorgingen, einer Vorläuferorganisation der SpAD – von der kapitalistischen SPÖ-Regierung unter Kanzler Kreisky verurteilt worden, weil wir dieses Kommando gegen die bürgerliche Klassenjustiz verteidigten, obwohl wir die Strategie des kleinbürgerlichen arabischen Nationalismus als ein Hindernis für die Befreiung der arbeitenden und unterdrückten Massen im Nahen Osten ablehnen.

Fischer wird heute auch dafür angegriffen, 1969 an einer PLO-Konferenz in Algier teilgenommen zu haben. Das lächerliche Spektakel, aus alten Filmaufnahmen herauszufiltern, ob er denn damals Beifall geklatscht habe, dient einem Zweck: *heute* eine Drohung an alle zu richten, die wie wir das palästinensische Volk gegen den zionistischen Staatsterror verteidigen!

1968 – vorrevolutionäre Situation in Frankreich erschüttert Europa

Die Proteste von Studenten und Jugendlichen in Amerika und Europa entzündeten sich ab Mitte der 60er-Jahre am mörderischen Krieg der USA gegen eine soziale Revolution in Vietnam. Unsere internationale Tendenz intervenierte: „Ganz Indochina muss kommunistisch werden!“

Im Mai 1968 kam es in Frankreich nach Studentenprotesten in Nanterre und an der Sorbonne zu Fabrikbesetzungen und einer Lahmlegung von Handel und Industrie im größten und mächtigsten Generalstreik der Geschichte. Frankreich war in einer vorrevolutionären Situation; der Griff der Arbeiter nach der Staatsmacht lag in Reichweite. Was die Bourgeoisie rettete, war letztlich die Führung der Kommunistischen Partei (PCF), der großen bürgerlichen Arbeiterpartei in Frankreich, und der reformistischen Gewerkschaftsführer, die die Mobilisierung in rein ökonomi-

sche Forderungen kanalisierte.

Die „Neue Linke“ in Deutschland hatte immer behauptet, die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern sei gekauft und hoffnungslos reaktionär. Die Ereignisse in Frankreich erschütterten dieses Weltbild grundlegend. Auch die Arbeiterklasse selbst wurde elektrisiert. So kam es z. B. während der Septemberstreiks 1969 zur Stürmung der Villa des Hoesch-Vorstandsvorsitzenden. Vor allem maoistische Gruppierungen, die sich Ende der 60er-, Anfang der 70er-Jahre bildeten, schickten ihre Mitglieder in die Fabriken. Sie spielten auch eine Rolle bei den wilden Streiks bei Ford, wo erstmals immigrierte Arbeiter massiv in Klassenkämpfe führend eingriffen. Als 1966 Willy Brandts SPD in die Große Koalition mit der CDU eintrat, verhalf sie dem EXNSDAP-, inzwischen CDU-Mitglied Kiesinger auf den Kanzlerstuhl. Im Juni 1968 wurden mit den Stimmen der SPD die Notstandsgesetze verabschiedet – Gesetze, die es z. B. erlauben, das Parlament auszuschalten, die Bundeswehr im Inneren einzusetzen oder Menschen zu Arbeitseinsätzen zwangszu verpflichten. Die Notstandsgesetze drohen auch mit militärischen Einsätzen gegen politische Streiks, wenn diese die „verfassungsmäßige Ordnung“ gefährden. Gerade weil wir Gegner des bürgerlichen Systems sind, kämpfen wir vehement gegen die Einschränkung demokratischer Rechte, die dem Proletariat und allen Unterdrückten bei ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie von Nutzen sind.

Der Hass vieler Studenten und junger Arbeiter auf die SPD trug zum großen Anwachsen der maoistischen Organisationen bei. Doch eine gesunde Ablehnung der SPD führt nicht automatisch zu einem revolutionären Programm. Ein wesentliches Element des Maoismus ist die „Theorie“, dass die Sowjetunion seit 1956 ein imperialistischer Staat gewesen sei, so „aggressiv“, dass es notwendig sei, sich selbst mit der US-Bourgeoisie gegen sie zu verbünden. In dem wesentlichen Punkt, dass der „Hauptfeind“ in Moskau bzw. in Ostberlin sitzt, waren sich die Maoisten mit der deutschen Bourgeoisie einig!

Die Klassenlinie quer durch Deutschland

Nachdem 1945 die Rote Armee der Sowjetunion das Naziregime zerschlagen und ganz Europa von der Nazipest befreit hatte, zog sich in der Folge die Klassenlinie quer durch Deutschland. Im Westen gab es den zum antikommunistischen Bollwerk ausgebauten imperialistischen Staat, in dem Nazimörder zu Staatsamt und Würden kamen. Im Osten bestand der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR, in dem die Kapitalisten enteignet waren und der die Produktionsmittel vergesellschaftet hatte. Trotz der stalinistischen Bürokratie, die die Arbeiterklasse im eigenen Land fürchtete und eine Strategie der „friedlichen Koexistenz“ mit dem Imperialismus verfolgte, wurden in der DDR Nazimörder vor Gericht gestellt und abgeurteilt.

Wir Spartakisten verteidigten die DDR – ebenso wie den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion – bedingungslos militärisch gegen den Imperialismus und innere Konterrevolution. Heute verteidigen wir die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten China, Nordkorea, Vietnam und Kuba.

Dagegen bedeutete die Politik der Maoisten eine Versöhnung mit dem Imperialismus und ist der Kern dessen, was heute, nach über dreißig Jahren, von SPD und Grünen als „Erfolgsstory der Demokratie“ verkauft wird. Mitglieder der zerfallenden maoistischen Gruppen wie Trittin spielten eine zentrale Rolle beim Aufbau der bürgerlichen Grünen und sitzen heute in der kapitalistischen Regierung. Auch die pseudotrotzkistische Gruppe Linksruck, deren Vorläufer mit der nationalistischen Parole „Weder



CFDT

Paris, Mai 1968: Arbeiter, Studenten bei Massenprotesten während des Generalstreiks. PCF sabotierte revolutionäre Möglichkeit, indem sie Wut der Arbeiterklasse in Unterstützung für parlamentarische Volksfront kanalisierte

Washington noch Moskau“ den Antisowjetismus der Maoisten teilten und folglich jede konterrevolutionäre Bewegung in Osteuropa bejubelten, gibt heute die offizielle Sichtweise der Regierung wieder: „Demokratisierung und Entnazifizierung der Bundesrepublik haben nicht wesentlich 1949, sondern nach 1968 auf der Straße stattgefunden“ (*Linksruck*, 7. Februar). Aber Westdeutschland wurde *nie* entnazifiziert.

Die Bourgeoisie, die heute in Deutschland herrscht, ist dieselbe Bourgeoisie, die den Holocaust organisierte, die von der konterrevolutionären Zerstörung der DDR profitierte und die sich heute weigert, den Zwangsarbeitern auch nur eine minimale Entschädigung für die an ihnen verübten Verbrechen zu zahlen. Was sich änderte, war die *Fassade* der bürgerlichen Diktatur. Anstelle eines Nazis wie Kiesinger wurde ein „Widerstandskämpfer“ wie Willy Brandt zum Kanzler. Jedes Gerede über „Demokratisierung“ und „Entnazifizierung“ Westdeutschlands ist ein Schulterchluss mit der eigenen imperialistischen Bourgeoisie. *Eine wirkliche Entnazifizierung Deutschlands wird es erst durch eine erfolgreiche proletarische Revolution geben, die die Bourgeoisie von Auschwitz enteignet und die Opfer des Holocausts rächt.*

Die Frage der Macht war gestellt, als wir 1989/90 mit allen uns verfügbaren Kräften in der DDR intervenierten für eine proletarisch-politische Revolution, um die kollektivierte Eigentumsformen zu verteidigen und die stalinistischen Irreführer durch die Herrschaft von Arbeiterräten zu ersetzen. Dies hätte der Funke für sozialistische Arbeiterrevolution im Westen werden können. Wir waren die Einzigen, die für eine revolutionäre Lösung im Sinne der Arbeiterklasse kämpften, für ein Rotes Rätendeutschland. Die Pseudolinke im Westen bewegte sich im Wesentlichen im Schlepptau der SPD, die schon seit Jahrzehnten durch ihre „Ostpolitik“ die Grundlagen der DDR unterhöhle und auf die Konterrevolution hinarbeitete. Und die stalinistische Bürokratie im Osten, in Gestalt der SED/PDS, lieferte die DDR schließlich an die Imperialisten aus.

Als danach Vertreter der ehemaligen DDR wie Honecker, Mielke oder Krenz vom rachsüchtigen deutschen Imperialismus vor Gericht gezerrt und abgeurteilt wurden, bezogen wir eindeutig Seite, verteidigten sie und forderten ihre sofortige Freilassung: Sie waren von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen verurteilt worden.

Die Grünen gehörten schon in den 80er-Jahren zu den aggressivsten Anti-DDR-Hetzern. Nach der Konterrevolution betrieben sie zusammen mit der SPD eine antikommunistische Anti-Stasi-Hexenjagd, die das Ziel hatte, den Arbeiterstaat DDR zu kriminalisieren. In den 80er-Jahren hatten Ex-Mitglieder der RAF, die der Verfolgung im Westen entfliehen konnten, Schutz und Unterschlupf in der DDR gefunden, was gut in Volker Schlöndorffs Film „Die Stille nach dem Schuss“ dargestellt ist. Nach der Konterrevolution wurden nicht nur die Ex-RAFler gejagt, sondern auch diejenigen Offiziere des MfS (Ministerium für Staatssicherheit), die ihnen Unterstützung gegeben hatten. 1992 ließ die Berliner SPD-Justizsenatorin Klaus Croissant verhaften, einen der ehemaligen Anwälte der RAF, der seine Sympathie für die DDR ausgedrückt hatte. Die Anklage lautete auf „geheimdienstliche Tätigkeit für eine fremde Macht“. Die SPAD forderte seine Freilassung.

Was war die RAF?

Als Marxisten erkennen wir, dass die Arbeiterklasse den gesamten Reichtum der Gesellschaft produziert. Aber die Früchte ihrer Arbeit werden ihr von den Kapitalisten geraubt. Durch ihre Stellung in der Produktion ist die Arbeiterklasse unter revolutionärer Führung in der Lage, die gesamte kapitalistische Gesellschaft zum Stillstand zu bringen, die Bourgeoisie zu enteignen und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Die RAF jedoch lehnte jede Orientie-



kein Bildnachweis

1972, Verhaftung von RAF-Mitglied Holger Meins, der zwei Jahre später im Hungerstreik gegen brutale Haftbedingungen starb

rung auf die Arbeiterklasse vehement ab. Sie wollte durch individuelle Aktionen gegen Vertreter des „Schweinesystems“ die Bevölkerung als Ganzes wachrütteln, wie es Ulrike Meinhof 1971 in „Konzept Stadtguerilla“ darlegte. 1972 gab es Anschläge der RAF auf US-Militärbasen aus Protest gegen die amerikanische Verminung nordvietnamesischer Häfen. 1977 erschoss die RAF den Chef der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, und den Generalbundesanwalt Buback, Chefankläger im RAF-Prozess. Diese und ähnliche Aktionen waren keine Verbrechen vom Standpunkt der Arbeiterklasse, und wir verteidigten die RAF gegen den bürgerlichen Staat, der zwischen 1971 und 1977 mehr als ein Dutzend Mitglieder der RAF und anderer Gruppen durch legalisierte „gezielte Todesschüsse“ umbringen ließ.

Die Strategie der RAF, vereinzelte Repräsentanten der Bourgeoisie zu beseitigen, erschüttert nicht das kapitalistische System als solches. Die Politik der RAF verurteilte die Arbeiter bestenfalls zu passiver Beobachtung aus dem Abseits und war eine politische Barriere auf dem Weg der Mobilisierung des Proletariats zum Sturz des Kapitalismus. Wir schrieben:

„Die wirklichen Terroristen sind Buback und Konsorten. In letzter Analyse entspringt die Reaktion der RAF und ähnlicher Gruppierungen deren kleinbürgerlicher Ungeduld, ihrer Isolation, ihrer Frustration und ihrem Hass gegen den bürgerlichen Staat... Leninisten haben stets einen scharfen politischen Kampf gegen solche Tendenzen geführt – gleichzeitig aber versucht, durch eine scharfe politische Konfrontation die besten Elemente derer, die ihre Schläge gegen den bürgerlichen Staat richten, für das proletarische kommunistische Programm zu gewinnen.“ (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 18, Mai 1977)

Im September 1977 entführte ein RAF-Kommando Hanns-Martin Schleyer, einen der profiliertesten Vertreter der deutschen Industrie, der durch seine Nazi-Vergangenheit als SS-Führer und Leiter des Präsidialbüros im „Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren“ die Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und Westdeutschland auf deutliche Weise verkörperte. Einen Monat darauf wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut“ von einem palästinensischen Kommando entführt. Beide Aktionen sollten die Freilassung der Gefangenen der RAF erpressen.

Fortgesetzt auf Seite 25

Gruppe Arbeitermacht/LRKI schreibt Errungenschaften der Chinesischen Revolution ab

Neue „Theorien“, altes Renegatentum



Burke/Life

Einmarsch der Volksbefreiungsarmee 1949 in Beijing, Vorbote des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft

Die Liga für eine revolutionär-kommunistische Internationale (LRKI) [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht – GAM] hat wieder einmal eine neue „Theorie“ zum Klassencharakter des Staates und zur konterrevolutionären Restauration des Kapitalismus in Osteuropa und der ehemaligen

Das ist allerdings eine recht wohlwollende Beschreibung der vorherigen „Theorie“ der LRKI, die, in ihren eigenen Worten, die Behauptung aufstellte, „dass in Ländern, in denen kapitalistische Eigentumsverhältnisse nicht erfolgreich wiederhergestellt worden sind, der Staatsapparat trotz einer Regierung der kapitalistischen Restauration einen proletarischen Klassencharakter besitzt“. Kämpft man sich durch dieses Geschwafel über eine kapitalistische Regierung, die einen proletarischen Staat regiert, hindurch, so findet man einen unverfälschten Nachhall der „alten“ Labour-Position, die „Sozialismus“ gleichsetzte mit der Verstaatlichung der „Kommandohöhen der Wirtschaft“ unter einer *kapitalistischen* parlamentarischen Demokratie. Doch obwohl die LRKI den Mythos verbreitete, die ehemalige UdSSR

und die osteuropäischen Länder seien nach der kapitalistischen Konterrevolution weiterhin Arbeiterstaaten, rief sie nicht zu deren Verteidigung gegen imperialistische Angriffe auf.

Jetzt meint die LRKI scheinbar von Scham ergriffen:

„Wenn wir an der Theorie vom moribunden Arbeiterstaat festhalten, so stehen wir da mit einem Arbeiterstaat – einer Institution unserer Klasse –, den wir nicht gegen den Klassenfeind verteidigen. Das bedeutet eines von beidem: entweder, dass wir Feiglinge und Klassenverräter sind, oder, wie wir nun offen zugeben sollten, dass wir in das Lexikon des Marxismus eine Kategorie eingeführt haben, die ohne Bedeutung und ohne programmatische Konsequenzen ist.“

Gewiss, die verschiedenen „Theorien“, die sich die LRKI und Workers Power (WP) zum Klassencharakter des Staates und zur kapitalistischen Restauration zurechtgebastelt haben, sind mehr als verrückt. Doch sie sind kaum „ohne Bedeutung und ohne programmatische Konsequenzen“. Ganz im Gegenteil.

WORKERS HAMMER

Sowjetunion ausgeheckt. In einem Artikel mit dem Titel „Capitalist restoration and the state“ [Kapitalistische Restauration und der Staat] (*Workers Power*, November 2000) wird bekannt gegeben, dass „nach einer hitzigen Debatte“ eine deutliche Mehrheit der Delegierten auf dem 5. Kongress der LRKI beschlossen habe, ihre Charakterisierung der Staaten, die aus „dem Zusammenbruch des Stalinismus im Zeitraum 1989–91“ hervorgegangen sind, als „moribunde Arbeiterstaaten“ sei „von Grund auf falsch und irreführend“ gewesen.

Die LRKI und Workers Power sind „Feiglinge und Klassenverräter“, die mit dem Imperialismus gegen die Verteidigung der Interessen des Proletariats gemeinsame Sache gemacht haben, als sie von Polen über Ostdeutschland bis zur Sowjetunion für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution eingetreten sind. Im Nachhinein versuchten sie ihre Spuren mit der Theorie zu verwischen, dass diese Staaten weiterhin Arbeiterstaaten seien, wenn auch „moribund“ (was auch immer das heißen soll). Man muss nicht gerade ein Einstein sein, um zu erkennen, dass diese ignorante „Theorie“ allen empirischen Zahlen über die Verwüstung, die durch die Restauration des Kapitalismus in diesen Ländern angerichtet wurde – Massenarbeitslosigkeit, verzweifelte Armut, das Wiederaufkommen heilbarer Seuchen und stark sinkende Lebenserwartung – widerspricht.

Sicher können manche neuen Unterstützer, die die LRKI in Osteuropa gewonnen hat, kaum glauben, dass sie weiterhin in irgendeiner Art von Arbeiterstaat leben, wo sie täglich mit den ständigen und brutalen Verwüstungen durch die kapitalistische Konterrevolution konfrontiert sind. Während der Proteste gegen IWF und Weltbank in Prag im letzten September war eine Gruppe von LRKI-Jugendlichen in der Tschechischen Republik einfach fassungslos, als unsere Genossen sie über die Unterstützung der LRKI für die Kräfte der kapitalistischen Restauration informierten.

Nach eigenem Eingeständnis ist der jüngste theoretische Ausflug der LRKI, der mit der ebenso ignoranten wie antimarxistischen Kategorie eines „bürgerlich-restauratorischen Staates“ daherkommt (ein im Entstehen begriffener kapitalistischer Staat?), eine Reaktion auf interne Unruhe und Uneinigkeit. So bemerkt *Workers Power*, dass eine „bedeutende Minderheit der Delegierten“ auf dem vorherigen LRKI-Kongress sich reichlich schwer tat mit der „Vorstellung, dass es irgendeine proletarische Institution geben könne, die nicht gegen die Bourgeoisie verteidigt werden sollte“. Allerdings! Die Pointe der lakonischen Erklärung der LRKI, dass ihre neue Theorie „dieser Position der Nicht-Verteidigung Schlüssigkeit geben kann“, kann man finden, wenn man einfach eine Seite weiterblättert in *Workers Power* einem Artikel mit der Überschrift „Capitalist restoration triumphs in China“ [Kapitalistische Restauration triumphiert in China]. Die neue „Theorie“ von *Workers Power* hat den Zweck, die Verteidigung der verbliebenen Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 abzuschreiben.

Eine solche Position ist tatsächlich zweckmäßig und notwendig, wenn man so wie *Workers Power* im Strom der „Anti-globalisierungsbewegung“ mitschwimmen will. Während es viele Jugendliche zu diesen Protesten hinzieht, weil sie gegen die Raubzüge des kapitalistischen Imperialismus überall auf der Welt sind, haben die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftsbürokraten das Sagen, deren antikommunistische, protektionistische Hetze gegen den deformierten Arbeiterstaat China die Interessen der imperialistischen Herrscher widerspiegeln, die danach schielen,



Planeta Publishers



Soboljew/TASS

Sowjetische Militärintervention in Afghanistan 1979 eröffnete Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Schleier, zum Lernen von Lesen und Schreiben. Sieg der von Imperialisten gestützten Mutschaheddin warf Frauen zurück in grauenhafte Unterdrückung

China für die kapitalistische Ausbeutung zurückzuerobern. *Workers Power* ruft Arbeiter dazu auf, solche protektionistischen Kampagnen durchzuführen, und verlangt: „Gegen Regime, die Gewerkschaften verbieten oder betrügerische ‚Staatsgewerkschaften‘ haben wie China oder kämpfende Arbeiter unterdrücken, sollten Arbeitersanktionen angewendet werden“ (*Workers Power*, September 2000).

Fortgesetzt auf Seite 18



Workers Hammer

Protest von Workers Power 1990 in London zur Unterstützung baltischer Konterrevolutionäre, die mit Faschisten durchsetzt sind

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 17

Unser Artikel „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse‘“ (*Spartacist* deutsche Ausgabe Nr. 21, Frühjahr 2000) erklärte, dass die verschiedenen „Theorien“, die Renegaten des Trotzismus ausgetüftelt haben, um ihre Abkehr von der Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Weltimperialismus zu rechtfertigen, den Zweck haben, „ihr wirkliches Programm der Kapitulation vor der antikommunistischen bürgerlichen öffentlichen Meinung und der Zurückweisung einer proletarischen revolutionären Perspektive zu verschleiern“. Genau das ist das Motiv für die „theoretischen“ Verrenkungen von WP. Trotzki warnte: „Jede politische Strömung, die die Sowjetunion unter dem Vorwand ihres ‚nichtproletarischen‘ Charakters abschreibt, läuft Gefahr, zu einem passiven Werkzeug des Imperialismus zu werden“ („Der Klassencharakter des Sowjetstaats“, Oktober 1933). Im Fall von Workers Power – wie wir in unserer Presse dokumentiert haben, unter anderem in unserem Bulletin *Hate Trotskyism, Hate the Spartacists* [Den Trotzismus hassen, die Spartakisten hassen] Nr. 1, *Workers Power and the Irish Workers Group* (November 1990), und wie wir hier zeigen werden – war das nicht ganz so passiv.

Zentristische Konfusion, Beschwichtigung gegenüber dem Imperialismus

Workers Power begann als eine linke Abspaltung von Tony Cliffs britischer Socialist Workers Party (SWP), deren feige Ablehnung der Verteidigung der Sowjetunion während des Koreakrieges in die „Theorie“ verpackt war, die Sowjetunion sei „staatskapitalistisch“. Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan im Dezember 1979 machte WP einen weiteren Schritt nach links: Sie ließen Cliffs Staatskapitalismus fallen und erklärten, zumindest formal, sie hätten das trotzkistische Verständnis von der Sowjetunion als eines degenerierten Arbeiterstaats übernommen. Doch nie setzten sie die entscheidende *programmatische Schlussfolgerung* dieser Position in die Praxis um: bedingungslose militärische Verteidigung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats gegen Angriffe des Imperialismus und gegen Versuche der Restauration des Kapitalismus im Innern. Im Gegenteil, Workers Power vollführte heftige Verrenkungen, um dieser Schlussfolgerung aus dem Weg zu gehen, und gab dabei Trotzki's Beschreibung des Zentrismus als „kristallisierte Konfusion“ eine ganz neue Bedeutung.

So argumentierte WP zwar, dass es „taktisch falsch“ sei, den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu fordern, die gegen die von der CIA bezahlte und bewaffnete islamische Reaktion kämpften, geißelte aber die Intervention der Roten Armee als „konterrevolutionär“. Ein Jahrzehnt später sollten sie auch den Rückzug der sowjetischen Truppen als „konterrevolutionär“ brandmarken. 1981 gaben sie zu, dass Solidarność in Polen eine offen konterrevolutionäre Bewegung war, die die Unterstützung des Papstes, der CIA und der westlichen Bankiers hatte. Aber sie unterstützten sie trotzdem mit der Begründung, es sei notwendig, „bei“ den Arbeitern zu sein, die durch jahrzehntelangen stalinistischen Verrat in die Arme der Konterrevolution getrieben worden waren ... gegen die im deformierten Arbeiterstaat Polen verkörperten proletarischen Errungenschaften.

Die zentristischen Argumente, mit denen Workers Power ankam, um zu versuchen der knallharten Frage der Verteidigung der Sowjetunion auszuweichen, fanden einen neuen und geradezu unergründlichen Ausdruck in ihrer Broschüre *The Degenerated Revolution* [Die degenerierte Revolution] von 1982. Hier behauptete WP bei dem Versuch zu erklären, wie sie vermeintlich zu einem trotzkistischen Verständnis vom proletarischen Klassencharakter der stalinistisch regierten Arbeiterstaaten gelangt waren, dass die Zerschlagung des Kapitalismus in den osteuropäischen Ländern unter der sowjetischen Besetzung nach dem Zweiten Weltkrieg durch „konterrevolutionäre soziale Umwälzungen“ zustande gekommen sei. (Etwa 15 Jahre später sollten sie erklären, dass in Osteuropa Arbeiterstaaten errichtet worden seien, ohne den kapitalistischen Staat zu zerschlagen!)

Als der Wind des zweiten Kalten Krieges schärfer blies und sich die Frage von proletarisch-politischer Revolution oder kapitalistischer Konterrevolution schonungslos stellte, wurden die Auffassungen von WP mehr in sich schlüssig, da sie sich immer mehr nach rechts entwickelten. Dies kam am klarsten zum Ausdruck in ihrer totalen Unterstützung für Boris Jelzins konterrevolutionären Gegenputsch in der Sowjetunion 1991. WP stand buchstäblich auf den Barrikaden vor Jelzins Weißem Haus – dem zentralen Sammelpunkt des von den Imperialisten unterstützten Gegenputsches, der den Anfang vom Ende des ehemaligen sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats einleitete.

Heute fragt der Artikel von *Workers Power* über die Ablehnung der Theorie der „moribunden Arbeiterstaaten“ durch die LRKI scheinheilig: „Wie konnte eine

Einheitsfront mit Jelzins restauratorischem Regime die proletarischen Eigentumsverhältnisse verteidigen?“ Aber *genau* dazu hatte die LRKI damals aufgerufen. Im November 1991 behauptete eine LRKI-Erklärung: „Es wäre *notwendig* gewesen, eine gemeinsame Widerstandsfront zu bilden, einen militärischen und klassenkämpferischen Block mit jenen Kräften und mit deren Führern... Dieser Einheitsfrontaufruf hätte beinhaltet, an der Seite der ‚Demokraten‘ und der Jelzin-Anhänger zu kämpfen, um alle Widerstandszentren gegen den Putsch zu ver-



Basil Blackwell Inc

Trotzkistische Linksoppositionelle im sibirischen Exil demonstrieren am Jahrestag der bolschewistischen Revolution, 1928. Das Banner rechts (mit Bildern von Lenin und Trotzki) verkündet: „Lang lebe die Diktatur des Proletariats“



Giase/Seattle Post-Intelligencer

Seattle, 3. November 1999: Bürokraten des AFL-CIO (US-Gewerkschaftsdachverbands) an der Spitze des antikommunistischen Kreuzzugs gegen China mit chauvinistischen Plakaten wie „Zuerst kommt das Volk, nicht China“

teidigen einschließlich des RSFSR-Parlaments (das ‚Weiße Haus‘).“

Diese Erklärung wurde geschrieben als Antwort auf die damals mit der LRKI brüderlich verbundenen amerikanischen Revolutionary Trotskyist Tendency (RTT), der trotz ihrer eigenen Unterstützung für die Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution nicht ganz wohl dabei war, wie weit die LRKI ging. In dieser Antwort beteuerte die LRKI unverblümt, dass sie die bürgerliche „Demokratie“ (d.h. die Diktatur der Kapitalistenklasse) über die Verteidigung der Klassenherrschaft des Proletariats stellt, mit dem Argument: „Die LRKI hält es für abstrakt und sektiererisch, eine nicht existierende Arbeiterdemokratie oder Räte den existierenden demokratischen Rechten und den Institutionen, die durch deren Ausübung geschaffen wurden, entgegenzustellen.“

Nur wer jede proletarisch-revolutionäre Perspektive aufgegeben hat, kann argumentieren, die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung ihrer eigenen Klasseninteressen sei in der Sowjetunion 1991 eine sektiererische Abstraktion gewesen. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (IKL, deren britische Sektion die Spartacist League ist) intervenierten und verteilten Zehntausende Exemplare einer Erklärung auf Russisch mit der Überschrift: „Sowjetische Arbeiter! Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“, die genau so ein Kampfprogramm gegen die Restauration des Kapitalismus aufstellte. Wir riefen dazu auf, dass unabhängige Arbeiterkomitees in den Fabriken die Kontrolle der Produktion übernehmen und gegen die Privatisierung kämpfen; dass Komitees der Soldaten und Offiziere Widerstand leisten gegen den Einsatz der sowjetischen Armee als Instrument gegen die Arbeiterklasse; dass Arbeitermilizen antisemitische Pogromisten und antikommunistische Lynchmobs zerschlagen und kommunistisches Blutvergießen durch revanchistische Nationalisten verhindern.

Es gab keinen proletarischen Widerstand, was die Atomisierung und Demoralisierung der sowjetischen Arbeiterklasse durch jahrzehntelange stalinistische Herrschaft widerspiegelte; und daher führte der von den Imperialisten unterstützte Gegenputsch Jelzins zur Zerstörung des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaats. Die „Institutionen“, die durch die Ausübung der „demokratischen Rechte“ der Konterrevolutionäre, wofür sich WP so fanatisch einsetzte, geschaffen wurden, waren diejenigen, die die Klassenherrschaft des Kapitals repräsentieren und verteidigen.

Schon lange betet Workers Power die Ansichten der sozialdemokratischen Handlanger des Weltimperialismus

nach, die für die Zerstörung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten eine ideologische Verbrämung zu liefern versuchten. Nach dieser Sichtweise, verkörpert durch die Intellektuelle des Kalten Krieges, Hannah Arendt, war der „stalinistische Totalitarismus“ eine Garantie dafür, dass die Arbeiter dieser Länder nie wieder irgendeinen Kampf in ihrem eigenen Interesse führen würden. So appellierte WP an die imperialistischen Mächte, zu intervenieren, um die „Rechte“ und Institutionen des „demokratischen“ Westens durchzusetzen.

Nach der Zerstörung der Sowjetunion gelangte WP eher zu einem noch engeren Schulterschluss mit den imperialistischen Herrschern als den Lieferanten von „Menschenrechten“ und „Demokratie“. Als die NATO Serbien bombardierte, der erste größere Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, beteiligte sich Workers Power an proimperialistischen Kundgebungen in London, die von Plakaten beherrscht wurden wie „Viel Glück, NATO“ und „NATO, jetzt oder nie“. In einer Erklärung, die damals im März 1999 verteilt wurde, behauptete die LRKI, sie verteidige die Serben gegen den NATO-Angriff, „wenn auch nicht in Kosova, das zu besetzen sie kein Recht haben“! Und gleich im nächsten Atemzug forderte WP die UCK (Kosovo-Befreiungsarmee) – die zur Schachfigur des NATO-Imperialismus geworden war – eindringlich auf, „aus der imperialistischen Bombardierung den größtmöglichen militärischen Nutzen zu ziehen, um die ‚jugoslawischen‘ Streitkräfte hinauszujagen“, und fügte hinzu: „Wenn die Hauptsorge [von Clinton und Blair] die Kosovaren wären, so würden sie deren staatliche Unabhängigkeit anerkennen und der KLA [UCK] die Waffen dafür geben, die serbischen Truppen hinauszujagen.“

Wie wir seinerzeit feststellten, war dies ein ungeschminkter Appell an die NATO-Imperialisten. Im Gegensatz zu den kriecherischen Labour-Verehrern der LRKI brachten wir von der IKL am 21. April 1999 eine Erklärung auf Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Japanisch, Polnisch und Spanisch heraus mit den Losungen: Stürzt den Imperialismus durch Arbeiterrevolution! Verteidigt Serbien gegen US/NATO-Angriff! Nieder mit den Wirtschafts-sanktionen der Vereinten Nationen! Alle US/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan! Und schon lange bevor die Imperialisten und ihre linken Apologeten sich zynischerweise der Sache der Kosovo-Albaner annahmen, waren wir

Fortgesetzt auf Seite 20



Fabian/Syigma

In den 80ern riefen GAM/WP zur „Solidarität“ mit der von CIA/Vatikan/Deutscher Bank inspirierten anti-kommunistischen Solidarność

Chinesische Revolution befreite Frauen von jahrhundertalter Folter der Fußverstümmelung, öffnete arbeitenden Massen den Weg lesen und schreiben zu lernen. Rechts: Studenten in der Nationalbibliothek in Beijing



Joseph Abeles Collection



Marc Riboud

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 19

für die nationalen Rechte des albanischen Volkes im Kosovo eingetreten – eine demokratische Frage, die zwangsläufig der Notwendigkeit der militärischen Verteidigung Serbiens gegen NATO-Angriffe untergeordnet ist. WP ihrerseits war zumindest konsequent. So behauptete WP, als imperialistische Bodentruppen im Kosovo landeten, dass eine revolutionäre Situation geschaffen worden sei; die Wahl von Vojislav Kostunica, „gekauft in den USA“, brachte *Workers Power* (November 2000) dazu, zu erklären, dass nichts Geringeres als eine Revolution stattgefunden habe, „die auf dem Rücken des Heroismus der Massen an die Macht gelangte“.

LRKI kontra Trotzki

Als die Folgen von Jelzins Sieg klarer wurden, versuchte *Workers Power* heimlich von ihrem Aufruf zur „Einheitsfront“ mit den Kräften der Konterrevolution abzurücken, mit dem Argument, dies sei nur in den ersten „drei Tagen“ ihre Position gewesen, d. h. als es darauf ankam! Dann dachte sich WP ihre Theorie vom „moribunden Arbeiterstaat“ aus, um argumentieren zu können, dass sich am Klassencharakter der Sowjetunion nichts grundlegend geändert hätte. Dieser schrille Revisionismus wurde auf dem 4. Kongress der LRKI 1997 weiter ausgeführt, wo sie behaupteten, in der Sowjetunion sei 1927 ein kapitalistischer Staat wiederhergestellt worden und die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa seien ohne die Zerschlagung des kapitalistischen Staates geschaffen worden. Als Alibi für ihre Unterstützung der Kräfte der kapitalistischen Restauration erklär-

ten sie, die „Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine“ sei eine „programmatische Notwendigkeit“ gewesen, und gingen mit Trotzki ins Gericht, weil er nie diese konterrevolutionäre Forderung erhoben hatte.

Trotzki kämpfte in der Tat auf das Schärfste gegen diejenigen, die vor dem Druck des bürgerlichen Antisowjetismus kapitulierten und sich von ihrer revolutionären Pflicht losrissen, den ersten Arbeiterstaat trotz seiner bürokratischen Degeneration bedingungslos zu verteidigen. Gegen diejenigen, die fälschlicherweise die parasitäre *Bürokratie* mit dem sowjetischen *Arbeiterstaat* gleichsetzten, um zu rechtfertigen, dass sie die Verteidigung der Sowjetunion über Bord warfen, bekräftigte Trotzki:

„Die Menschewiki sind die Vertreter der bürgerlichen Restauration, und wir sind für die Verteidigung des Arbeiterstaates mit allen möglich Mitteln. Jeder, der vorgeschlagen hätte, dass wir den britischen Bergarbeiterstreik von 1926 oder die jüngsten Massenstreiks in den Vereinigten Staaten nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln hätten unterstützen sollen, weil die Führer der Streiks größtenteils Schurken waren, wäre ein Verräter an den britischen und amerikanischen Arbeitern gewesen. Genau dasselbe gilt für die UdSSR!“ (Trotzki, „No Compromise on the Russian Question“ [Kein Kompromiss in der Russischen Frage], 11. November 1934)

Der letzte größere Fraktionskampf in Trotzki's Leben war der Kampf 1939/40 gegen die kleinbürgerliche Opposition von Shachtman/Burnham in der Socialist Workers Party der USA, bei dem Trotzki die „Theorien“ über eine neue Klasse zerfetzte, die nichts weiter waren als eine Begründung für die feige Kapitulation vor den Machenschaften der Imperialisten gegen die UdSSR und vor der damit einhergehenden Hysterie, die insbesondere kleinbürgerliche Kreise ergriff.

Trotzki kämpfte für die bedingungslose Verteidigung der proletarischen Eigentumsformen und der Planwirtschaft, die das Ergebnis der Oktoberrevolution waren, *trotz* der stalinistischen Bürokratenkaste, die dem sowjetischen Proletariat 1923/24 die politische Macht entrissen hatte, und *gegen* sie. Er erkannte die Bürokratie als eine parasitäre herrschende *Kaste* – nicht eine besitzende Klasse, sondern eine Wucherung an den Arbeiterstaaten und ihren Institutionen –, deren Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ die Verteidigung der Sowjetunion an ihrem wichtigsten Punkt unterminierte, der Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch die internationale proletarische Revolution. Trotzki wusste, dass entweder eine politische Revolution durch das sowjetische Proletariat die Bürokratenkaste stürzen oder die Bürokratie schließlich der kapitalistischen Restauration den Weg bereiten würde, da sie ihre Privilegien dadurch absichern wollte, dass sie sich in eine neue besitzende Klasse verwandelt. Aber für Trotzki



Abonniert!

Zeitung der
Spartacist
League/Britain

DM 10,-

Bestellt bei:
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

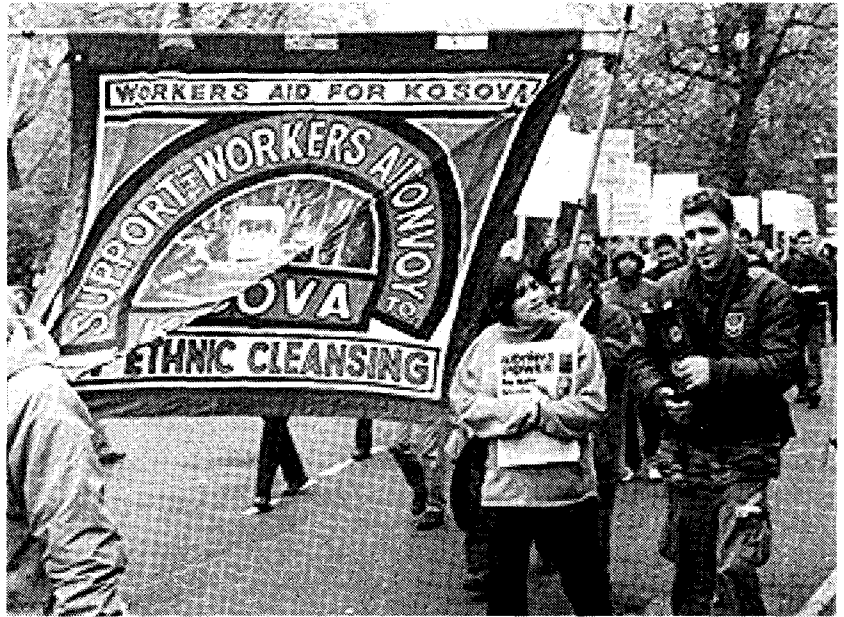
war die Verteidigung der Sowjetunion gegen einen imperialistischen Angriff oder gegen Versuche der kapitalistischen Restauration im Innern niemals davon abhängig, dass zuvor die Bürokratie gestürzt wird. Vielmehr verstand er, dass es die Pflicht eines jeden klassenbewussten Arbeiters war, die Errungenschaften der Oktoberrevolution bedingungslos militärisch zu verteidigen, um die Interessen des Proletariats international zu verteidigen und voranzubringen.

Als Antwort auf die vorausgegangene Erklärung der LRKI, dass in der Sowjetunion seit 1927 ein bürgerlicher Staat existiert habe, schrieben wir („Zentrismen der Marke ‚Tod des Kommunismus‘“, Spartakist Nr. 133, Herbst 1998):

„Mit ihrer ‚neuen‘ Theorie über den Klassencharakter des sowjetischen Staates gehört die Gruppe Arbeitermacht zu der Horde von Pseudotrotzkisten, die sich in panischer Massenflucht dem Versuch der Imperialisten angeschlossen haben, das Erbe der Russischen Revolution zu beerdigen und damit auch das ‚Gespenst‘ der Diktatur des Proletariats...

In schrillum Ton fordern sie: ‚die Zerschlagung der stalinistischen Staatsmaschine‘, während sie im eigenen Land als die krieche- rlichsten, servilsten Apologeten der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft in deren sozialdemokratischer Variante auftreten.“

Wenn die Theorie der LRKI über den „moribunden Arbeiterstaat“ von der Auffassung der Labour-Anhänger herkommt, Verstaatlichungen mit Sozialismus gleichzusetzen, so reduziert die gegenwärtige Theorie der LRKI den Klassencharakter des Staates auf eine Kategorie, die einzig und allein durch die subjektive Absicht der Machthaber bestimmt wird, ungeachtet dessen, welche Eigentumsformen existieren. Diese „Theorie“ stammt von der sozialdemokratischen Auffassung, dass man den „Sozialismus“ über die Wahlurne erreichen könne, und ist eine vollständige Ablehnung des elementarsten marxistischen Verständnisses, dass der bürgerliche Staat die Maschinerie ist zur Unterdrückung der einen Klasse, des Proletariats, durch eine andere, die Kapitalistenklasse. Damit das Proletariat an die Macht kom-



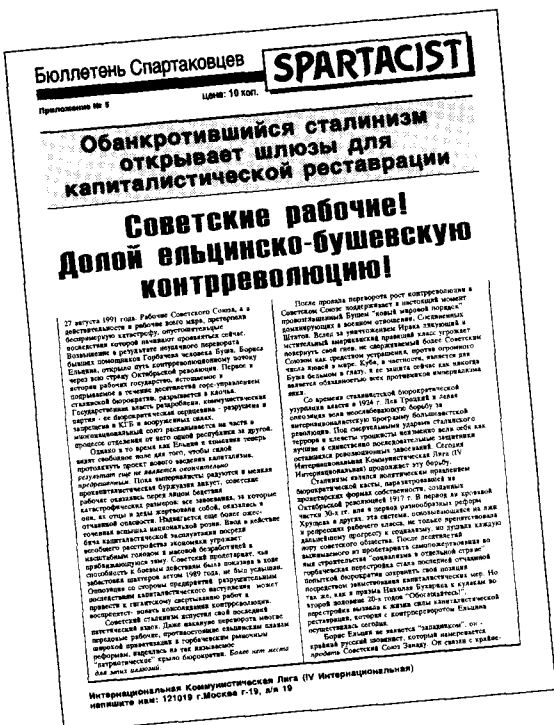
Workers Hammer
Workers Power demonstriert für Kriegsziele des „Menschenrechts“imperialismus auf Londoner Demo „Arbeiterhilfe für Kosova“, April 1999. Demonstranten trugen NATO-Fahnen und Plakate: „Viel Glück, NATO“ und „NATO, jetzt oder nie“

men kann, muss es den bürgerlichen Staat zerschlagen und seine eigene Klassenherrschaft errichten, die Diktatur des Proletariats.

Verteidigt China gegen Imperialismus, kapitalistische Restauration!

In ihrem Artikel „Capitalist restoration and the state“ gibt Workers Power zu: „Jemand könnte argumentieren, dass uns diese Position zu einem gefährlichen Idealismus führt – dass wir eine subjektive Veränderung, vielleicht auch nur eine Änderung in der Politik eines Regimes, zu einem Faktor hochstilisieren, auf Grund dessen sich der Klassencharakter eines Staates ändern kann.“ Sie fahren dann fort, genau dies zu tun, indem sie behaupten, die stalinistische Bürokratie Chinas habe sich im Großen und Ganzen in eine herrschende Kapitalistenklasse verwandelt. Die Vorstellung,

Fortgesetzt auf Seite 22



Spartacist
1991 stand Workers Power auf Jelzins konterrevolutionären Barrikaden gemeinsam mit Yuppies, Spekulanten, Faschisten und Priestern. IKL-Erklärung, die in Sowjetunion verteilt wurde, forderte: „Sowjetische Arbeiter! Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin und Bush!“

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 21

dass ein kapitalistischer Staat proletarische Eigentumsformen verteidigt habe, diene als theoretische Rechtfertigung dafür, sich auf die Seite der Kräfte gestellt zu haben, die den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat zerschlugen. Jetzt dient die genauso absurde Auffassung, dass der Klassencharakter des Staates keinerlei Beziehung zu den Eigentumsformen habe, der LRKI zu demselben Zweck, jede Verteidigung der übrig gebliebenen Errungenschaften der Chinesischen Revolution von 1949 aufzugeben.

Die Argumente von Workers Power sind entgegengesetzt zu Trotzki's Verständnis vom *widersprüchlichen* Charakter der stalinistischen Bürokratie, die zwischen einem auf kollektiven proletarischen Eigentumsformen beruhenden Staat und dem Weltimperialismus balanciert. Sie verdanken viel dem „Staatskapitalismus“ von Cliff und dem „bürokratischen Kollektivismus“ von Shachtman und schreiben der Bürokratie eine enorme Stabilität und die Fähigkeit zu, im Alleingang den Klassencharakter des Staates zu ändern. Wie wir in „Der Bankrott der Theorien über eine ‚Neue Klasse‘“ schrieben: „Wenn auch die endgültige Zerstörung der Oktoberrevolution Trotzki's Analyse und Programm nur negativ bestätigt, so entlarvt sie zumindest alle fadenscheinigen Vorstellungen, die den Stalinismus als stabiles System darstellen.“

Die Vorstellungen von WP selbst beruhen auch auf einem tiefsitzenden Pessimismus über die revolutionäre Fähigkeit der Arbeiterklasse. Genauso wie Workers Power behauptete, dass jeder Kampf zur Mobilisierung des sowjetischen Proletariats gegen Jelzins Gegenputsch „abstrakt“ und „sektiererisch“ gewesen sei, schreibt diese Gruppe mit ihren aktuellen Erklärungen, dass in China eine kapitalistische Restauration triumphiert habe, das chinesische Proletariat als Machtanwärter im Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution ab. Während die Ansichten von Workers Power, wann genau die Restauration des Kapitalismus in China erfolgt sei, so etwas wie ein Kaleidoskop darstellen – 1989? 1992? 1996? –, behaupten sie: „Die Zerschlagung des politischen Widerstandes der Arbeiterklasse nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz hatte das wichtigste soziale Hindernis für eine Rückkehr des Kapitalismus aus dem Weg geräumt.“ Doch der LRKI-Kongress, der zu dem Schluss kam, dass in China der Kapitalismus wieder errichtet wor-

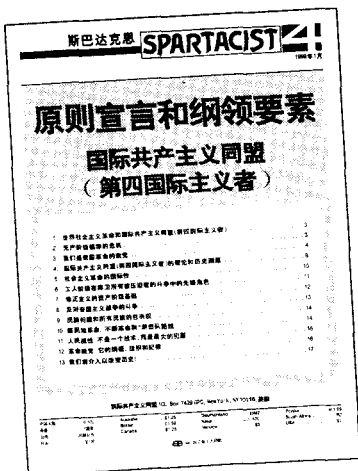
den sei, tagte gerade mal zwei Monate nach der Veröffentlichung eines Artikels von Workers Power mit der Überschrift „Arbeiter leisten Widerstand gegen die prokapitalistische Offensive“ (*Workers Power*, Mai 2000), in dem sie über die massiven Streiks, Demonstrationen und andere Proteste berichteten, die 1999 in China stattgefunden hatten!

Was hatte sich in den beiden dazwischenliegenden Monaten geändert, das die LRKI zu der Entscheidung brachte, dass das Proletariat schon über ein Jahrzehnt vorher während der beginnenden politischen Revolution auf dem Tiananmen-Platz entscheidend zerschlagen worden sei? Die Antwort liegt nicht darin, dass irgendwie der wachsende Widerstand des chinesischen Proletariats gegen das weitere Vordringen des kapitalistischen Imperialismus besiegt worden sei. Vielmehr geht die Erklärung der LRKI, dass es in China die Restauration des Kapitalismus gegeben habe, auf denselben Ursprung zurück wie ihre „Theorien“ über den Klassencharakter der Ex-Sowjetunion und der ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas: Kapitulation vor dem Druck der bürgerlichen und kleinbürgerlichen öffentlichen Meinung. Insbesondere spiegelt sich darin die politische Unterwürfigkeit von Workers Power gegenüber der britischen Labour Party wider, zusätzlich vermischt mit ihrer gegenwärtigen Begeisterung für die „Antiglobalisierungs“bewegung.

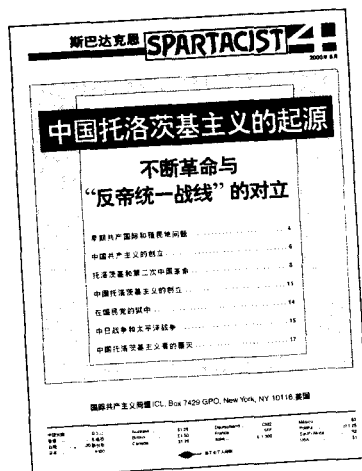
Im eigenen Land lief dies erst kürzlich darauf hinaus, dass WP sich weigerte, die Proteste in Britannien gegen die Wucherpreise beim Spirit im letzten Herbst zu unterstützen – Proteste, die sich gegen die Labour-Regierung von Tony Blair richteten. Blair & Co. antworteten auf diese enorm populären Proteste mit der Drohung, die Armee einzusetzen, und mit der massivsten Entfesselung staatlicher Repression seit dem Aufruhr gegen die Kopfsteuer 1990. Aus Furcht, die Spiritproteste könnten einen neuen „Winter der Unzufriedenheit“ auslösen – eine Welle von Streiks und Protesten, von außerparlamentarischen Kämpfen der Arbeiterklasse, die das Land lahm legen könnten –, kam die Gewerkschaftsbürokratie der weit und breit verabscheuten Labour-Regierung zu Hilfe. Diese Proteste richteten sich eindeutig gegen die Blair-Regierung und die zentrale Forderung war tatsächlich vom proletarischen Standpunkt aus unterstützenswert. Wir erklärten:

„Eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung muss versuchen, die Führung von solchen Protesten zu

In chinesischer Sprache erhältlich



Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms Internationale Kommunistische Liga
DM 2,- (20 Seiten)



Permanente Revolution vs. „anti-imperialistische Einheitsfront“. Ursprünge des chinesischen Trotzkismus
DM 2,- (24 Seiten)



China am Scheideweg: Proletarisch-politische Revolution oder kapitalistische Versklavung?
DM 2,- (24 Seiten)

3. Januar 1990:
IKL-Sprecherin
Renate Dahlhaus
(am Mikrofon) vor
250 000 Menschen
auf Protest-
kundgebung
gegen
faschistische
Schändung von
sowjetischem
Ehrenmal in
Berlin-Treptow



übernehmen, um sie klar gegen die wirklichen Übeltäter zu richten: den Kapitalismus und die Labour-Regierung, die ihn verwaltet.“ („Sprit-Proteste erschüttern Europa“, *Spartakist* Nr. 141, Herbst 2000)

Loyal zur Labour Party bis zum Gehtnichtmehr, bildete Workers Power die Nachhut als „linke“ Apologeten der Bürokraten.

Dies blieb Lesern der Zeitung von Workers Power nicht verborgen. In einem Brief, der in der Ausgabe vom November 2000 veröffentlicht wurde, hieß es: „Die Gewerkschaftsbürokratie schloss sich der Blair-Regierung an, um die Anti-Spritsteuer-Bewegung zurückzuschlagen. Das war zu erwarten. Überraschender ist, dass Workers Power dabei mitmachte“. Ein anderer Leser, der die schwerpunktmäßige Arbeit von WP im „antikapitalistischen“ Milieu ansprach, fragte: „Kann es bloßer Zufall sein, dass die antikapitalistische Bewegung ... auch fast einhellig die Spritsteuer-Proteste in ganz Europa ablehnt?“

Es ist genauso wenig ein Zufall wie die plötzliche „Entdeckung“ von WP, in China hätte die kapitalistische Konterrevolution triumphiert. Als Anbiederung an die chinafeindlichen Kräfte im „Antiglobalisierungs“milieu findet der *Workers-Power*-Artikel, der diese Entdeckung verkündet, kaum ein positives Wort über die Chinesische Revolution von 1949. Soweit diese überhaupt erwähnt wird, öffnet WP die Sprache der Propagandisten von „Radio Freies Europa“ nach und behauptet, dass die Ereignisse in China 1949 die Einführung des „sowjetischen Modells bürokratischer Kommandoplanung“ gewesen seien.

Die Chinesische Revolution von 1949 befreite das Land von kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Unterjochung und führte zu einer Planwirtschaft, einer kollektivierten Wirtschaft, die den Arbeitern eine lebenslange Beschäftigung und Sozialleistungen garantierte – „eiserne Reisschüssel“ genannt. Die Revolution enteignete die Großgrundbesitzer, verjagte die Kapitalistenklasse und eröffnete den Frauen die Möglichkeit, erstmals am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben teilzunehmen, wobei sie einen riesigen Durchbruch bei der Verbesserung ihres bisherigen sklavenähnlichen Status erzielte. Allerdings war die Revolution von 1949 von Maos überwiegend aus Bauern bestehender Armee durchgeführt worden und war von Anfang an bürokratisch deformiert. Nach dem Modell der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion stützte sich die chinesische Bürokratie auf das nationalistische Dogma vom „Sozialismus in einem Land“ und schloss das Proletariat von der politischen Macht aus.

Wie Trotzki im *Übergangsprogramm*, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale, schrieb, wurde der

Staatsapparat mit der Konsolidierung der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion „aus einer Waffe für die Arbeiterklasse zu einer Waffe der bürokratischen Gewalttätigkeit gegen die Arbeiterklasse und mehr und mehr zu einer Waffe der Sabotage an der Wirtschaft“. Wie die stalinistischen Bürokratien in der Sowjetunion und Osteuropa hat die chinesische Bürokratie keine andere Antwort auf den feindlichen Druck des Weltimperialismus, als die Einführung von „Marktformen“, um die zentrale Planung und Leitung als Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz zu ersetzen. Man sollte auch nicht vergessen, dass die Zerstörung der ehemaligen UdSSR – wozu WP ihren eigenen kleinen Teil beigetragen hat – diejenigen außerordentlich ermutigt hat, die China in die Zeit der kapitalistischen Sklaverei und der imperialistischen Unterjochung zurückbringen wollen.

Viele der sozialen Errungenschaften der Chinesischen Revolution *werden* gerade beseitigt und Arbeitslosigkeit erreicht mit der Schließung oder Privatisierung staatseigener Industriezweige gewaltige Ausmaße. Die chinesische Bürokratie ist selber ein wichtiger Teilhaber an Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Kapitalisten in den „Sonderwirtschaftszonen“, während sie weiterhin chinesisches Auslandskapital einlädt, im Land zu investieren; dadurch öffnet sie ganze Regionen für die kapitalistische Ausbeutung. Aber China hat keine kapitalistische Wirtschaft; die staatseigene Industrie ist immer noch vorherrschend. Es hat auch keine Konterrevolution stattgefunden, die den existierenden Staat zerschlagen und ihn durch einen neuen, der Verteidigung kapitalistischer Eigentumsformen verpflichteten Staat ersetzt hätte.

Außerdem, wenn man einzig und allein aus dem Handeln der Bürokratie den Klassencharakter des chinesischen deformierten Arbeiterstaates herleitet, wie WP es tut, degradiert man die Arbeiterklasse zu einem rein passiven Objekt entweder der Bürokratie oder des Imperialismus. In beiden Fällen wird eine proletarisch-revolutionäre Perspektive und die Rolle des Bewusstseins, d. h. die Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei zur Führung des Proletariats, ausgeschlossen.

Wie Trotzki in *Verratene Revolution* erklärte: Die Bürokratie „verteidigt das Staatseigentum nur in dem Maße, in dem sie das Proletariat fürchtet“. Was der chinesischen Bürokratie Einhalt gebietet, ist die massive Welle von Arbeiterstreiks und -protesten gegen die Auswirkungen der kapitalistischen „Marktformen“. So schrieben wir in einem Artikel über den Aufstand arbeitsloser chinesischer Bergarbeiter vom letzten Februar (siehe „China: Bergarbeiter-

Fortgesetzt auf Seite 24

Gruppe Arbeitermacht...

Fortsetzung von Seite 23

Aufstand gegen „Marktreformen“, *Spartakist* Nr. 140, Sommer 2000):

„Die Bürokratie, die der kapitalistischen Konterrevolution den Weg ebnet, bereitet dadurch gleichzeitig den Boden für eine neue revolutionäre proletarische Explosion vor – nicht für eine *soziale* Revolution wie 1949, die die ökonomischen Grundlagen der Gesellschaft zerschlagen würde, sondern eine *politische* Revolution, um die parasitäre herrschende Oligarchie zu stürzen und die politische Macht in die Hände der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte (Sowjets) zu legen. Das chinesische Proletariat ist mit der dringenden Aufgabe konfrontiert, eine leninistisch-trozkistische Partei als Teil einer wiedergeschmiedeten trozkistischen Vierten Internationale aufzubauen, um diese politische Revolution vorzubereiten und zu leiten, um an der Spitze der Massen zu stehen und die spontanen und lokalen Arbeiterkämpfe zur Eroberung der politischen Macht zu führen.“

Wie praktisch für WP (und im Sinne von Shachtman!), einfach zu erklären, dass die kapitalistische Restauration in China gesiegt habe. Wirkliche Trozkisten würden mehr als nur ein wenig Selbstkritik üben, wenn sie diese historische Niederlage hätten geschehen lassen, ohne dagegen gekämpft zu haben – und ohne sie auch nur bemerkt zu haben! Ganz anders die linken Labour-Anhänger von Workers Power, für die die internationalistische Pflicht, die Errungenschaften der chinesischen werktätigen Massen zu verteidigen, noch weniger als nebensächlich ist.

Für neue Oktoberrevolutionen!

Für den Sieg der Konterrevolution in der Sowjetunion und in Osteuropa ist letzten Endes die stalinistische Bürokratie verantwortlich. Indem sie die Lüge vom „Sozialismus in einem Land“ und von „friedlicher Koexistenz“ mit dem Imperialismus predigte, sorgte sie für die politische Entwaffnung der Arbeiterklasse, die durch Repression atomisiert und deren Bewusstsein durch stalinistischen Nationalismus vergiftet wurde: Damit wurde die einzig mögliche langfristige Grundlage für die Diktatur des Proletariats zerstört, eine klassenbewusste Arbeiterklasse, die für ihre historischen Interessen kämpft.

Die IKL kämpfte bis an die Grenzen ihrer Mittel und Möglichkeiten, um die übrig gebliebenen Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen Imperialismus und Konterrevolution zu verteidigen. Wo Workers Power das Proletariat der deformierten Arbeiterstaaten abschrieb, initiierten wir im Laufe unserer Intervention in die beginnende politische Revolution in der DDR 1989/90 am 3. Januar 1990 eine Mobilisierung von 250 000 Menschen gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals der Roten Armee im Treptower Park in Berlin. Wenn auch geprägt durch das Missverhältnis der Kräfte, sah man bei der Treptower Mobilisierung einen politischen Kampf zwischen dem trozkistischen Programm der politischen Revolution und dem stalinistischen Programm von Kapitulation und Konterrevolution. Zehn Jahre später wurde dies vom ehemaligen Sowjetführer Gorbatschow in einem Interview zugegeben, wo er erklärte: „Wir haben unseren Standpunkt zum Prozess der Vereinigung Deutschlands unter der Einwirkung der Ereignisse geändert, die sich in der DDR

entwickelten. Und eine besonders kritische Situation ergab sich im Januar [1990]. Von der Natur der Dinge her lief ein Zerfall der Strukturen. Es gab eine Gefahr – eine Gefahr der Desorganisation, der großen Destabilisierung. Wenn Sie so wollen, fing das am 3. Januar an, und weiter fast jeden Tag...“

Wir haben uns mit unserem Kampf zur Mobilisierung des Proletariats gegen den kapitalistischen Anschluss der DDR nicht durchgesetzt. Aber für uns war es keine „abstrakte“ Frage, wir haben *gekämpft*, um die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu verteidigen, und haben für eine proletarisch-politische Revolution gekämpft, um die stalinistische Bürokratie, die die DDR an den Rand der kapitalistischen Konterrevolution gebracht hatte, wegzufegen. Wir haben *gekämpft* gegen die Konterrevolution von Jelzin und Bush. Heute kämpfen wir für die bedingungslose militärische Verteidigung der übrig gebliebenen Arbeiterstaaten: China, Kuba, Vietnam und Nordkorea. Unsere Verteidigung dieser Staaten beruht auf unserer unversöhnlichen Opposition gegen den Weltimperialismus und unserem Kampf für neue Oktoberrevolutionen. Dass die LRKI das trozkistische Programm der Verteidigung der Arbeiterstaaten ablehnt, beruht auf ihrer Anpassung an die bürgerliche Ordnung.

Die Differenzen zwischen der IKL und der LRKI können in einem Wort zusammengefasst werden: dem *Staat*. Jede Aktivität unserer Partei ist auf die Organisierung, Ausbildung und Stählung der internationalen proletarischen Avantgardepartei ausgerichtet, die notwendig ist für die Eroberung der Staatsmacht. Im Gegensatz dazu ist die Politik der Reformisten und Zentristen wie Workers Power dadurch bestimmt, dass sie die Interessen des Proletariats den Beschränkungen der kapitalistischen Gesellschaft unterordnen. Wie Trotzki in *Verteidigung des Marxismus* schrieb, wo sein Kampf gegen Shachtman/Burnham festgehalten ist: „Es ist die Pflicht von Revolutionären, jede Eroberung der Arbeiterklasse zu verteidigen, auch wenn sie durch den Druck feindlicher Kräfte vielleicht entstellt ist. Diejenigen, die alte Positionen nicht verteidigen können, werden niemals neue erobern.“ Hinter all den verrückten „Theorien“ der LRKI über den Klassencharakter des Staates steckt nichts weiter als ein Alibi für ihr Ausweichen vor der elementaren Pflicht wirklicher Trozkisten, sich gegen die Pläne „unseres“ Imperialismus zu stellen, der China für die kapitalistische Ausbeutung zurückerobert will, und ihre Ablehnung des Kampfes für die proletarische Staatsmacht.

Übersetzt aus Workers Hammer Nr. 175, Winter 2000/2001

Spartacist

Deutsche Ausgabe Nr. 21
Frühjahr 2000

Enthält
„Nieder mit der
imperialistischen Besetzung
des Kosovo!
Alle US/UN/NATO-Truppen raus
aus dem Balkan, jetzt!“

DM 4,-
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin

Konto 119 88-601, Postbank
Frankfurt/M., BLZ 500 100 60



Kommunistische Korrespondenz

herausgegeben von der Trotzkistischen Liga Deutschlands

Nr. 20 November 1977 0,80 DM/Laden 1,00 DM

Schluß mit der „Terroristen“-Hatz!

Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd

Der folgende Artikel zu den Aktionen der RAF und der He...
senig in der Bundesrepublik... einer Entführung...

Schluß mit der Vernichtungsfolter!

Freiheit für die gefangenen Genossen der RAF!

...erlichen „Rechtsstaat“ verteidigen, sind es, die vor ein Ge...
richt einer

Mai 1977 3

Bankrott des kleinbürgerlichen Terrorismus

Keine Träne für Buback

Jetzt rufen sie wieder nach dem starken Staat, nach verschärften
Gesetzen, nach dem noch rascheren Ausbau des Repressions-
apparates. Bundeskanzler Schmidt recht sich – „nicht zögerlich“
– in den Chor derjenigen ein, die „innerlich“ bereit sind, „bis
an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt
und geboten ist“ (Der Spiegel, 19. April). Wo es er und seine
gleiches – Sozialdemokraten, Christdemokraten und L...
nach sofortiger und bedingungsloser Freilassung von Baader,
Enzlin und Kasper muß auch und gerade darin erhoben werden,
wenn die Chance für ihre unumittelbare Durchsetzung denkbar
gering ist. Die Mobilisierung der Arbeiterbewegung zur Befrei-
ung aller gefangenen Genossen wird nur dann jemals erreicht
werden, wenn die bewußtesten Elemente diese Forderung un-
ermüdetlich in die Arbeiterklasse hineinbringen.

was tun

Wochenzeitung der Gruppe Internationale Marxisten

Der individuelle Terror nützt nur der Rechten!

Herbst 1977: *Kommunistische Korrespondenz* (Vorgängerin des *Spartakist*) verteidigte die RAF, während pseudotrotzkistische GIM sich der Hetzkampagne der Bourgeoisie gegen die RAF anschloss

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 15

Die Entführung und spätere Erschießung Schleyers beruhten auf Hass und Feindschaft gegenüber dem imperialistischen System. Im Gegensatz dazu war die Entführung der „Landshut“ und die Geiselnahme von 86 unschuldigen Touristen und die Ermordung des Flugkapitäns ein nicht verteidigbarer Akt wahllosen Terrors gegen eine zufällige Gruppe von Menschen. Am 18. Oktober 1977, einen Tag nachdem Kanzler Schmidts Killer-Eliteeinheit GSG-9 die „Landshut“ gestürmt hatte, waren die RAF-Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe im Stammheimer Hochsicherheitstrakt tot – erschossen, erhängt in ihren täglich durchsuchten, rund um die Uhr überwachten Isolationszellen. Schon 1976 war Ulrike Meinhof erhängt in ihrer Zelle aufgefunden worden. Die einzige Überlebende, die durch vier Messerstiche in die Brust schwer verletzte Irmgard Möller, hat ebenso wie Anwälte der RAF der offiziell verbreiteten Selbstmord-These immer vehement widersprochen.

Der „deutsche Herbst“ 1977 – SPD-Staatsterror gegen die Linke

Es hatte von Anfang an keinen Zweifel gegeben, dass die Prozesse gegen die RAF Mitte der 70er-Jahre einen Präzedenzfall gegen die gesamte Linke und Arbeiterbewegung darstellten. Die Gefangenen der RAF waren lebendig begraben in weiß getünchten, mit Neonlicht erhellten Isolationszellen, teilweise sogar ohne die Erlaubnis ihre Anwälte zu sehen. Im April 1977 drohte SPD-Kanzler Schmidt, „bis an die Grenzen dessen zu gehen, was vom Rechtsstaat erlaubt und geboten ist“ (*Der Spiegel*, 19. April 1977): Einführung von Kronzeugen, Lauschangriff, Todesschüsse, Vorbeugehaft, Demonstrationsverbote, Verschärfung des Ausländerrechts, Verbotsdrohungen gegen linke Organisationen, Berufsverbote. Im Herbst 1977 erreichte die hoch gepeitschte Terroristen-Hysterie und das Wüten der Ordnungsbestie einen Höhepunkt. Die gleichgeschalteten Medien verdächtigten jeden, der nicht offen den Polizeiterror unterstützte, als „Sympathisanten“ der „Terroristen“; dazu reichte es schon, Baader-Meinhof-Gruppe statt Baader-Meinhof-Bande zu sagen! Heinrich Bölls „Die verlorene Ehre der Katharina Blum“ befasst sich mit dieser tödlichen

Hysterie, Böll galt als „Sympathisant“ ebenso wie Jean-Paul Sartre, der Andreas Baader im Knast besuchte. In Stuttgart wurde die Aufführung des klassischen griechischen Dramas „Antigone“ verboten, in dem sich eine Frau gegen einen Tyrannen wehrt. Öffentliche Gebäude wurden mit Sandsäcken und MGs verbarrikadiert. Besonders die Bevölkerung in den Arbeiterbezirken wurde massiv eingeschüchert: Schützenpanzer an Straßensperren, wo jeder, umzingelt von bis an die Zähne bewaffneten Bullen, durchsucht wurde. Wer nachts mal ein Verkehrszeichen übersah, blickte unvermittelt in den Lauf eines Gewehrs. Dieser Staatsterror wurde von der gleichen SPD durchgeführt, die weniger als 60 Jahre zuvor Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermorden ließ.

Die Maske der „Neutralität“ des Staates zerbrach. Die bürgerliche „Demokratie“ zeigte ihr unverhülltes Gesicht als Diktatur der Bourgeoisie, die sich auf ihre Repressionsorgane, „besondere Formationen bewaffneter Menschen“ stützt, um jeden Widerstand zu brechen oder gleich ganz zu vernichten. Wir betonten: „Jedenfalls sind die Sandsäcke und Stacheldrahtverhaue, die Maschinenpistolen und Panzer nicht ein Zeichen, dass Schmidt & Co. vor dem Gedanken an einen gewaltigen Angriff der RAF zittern. Zweck des demonstrativen Ausbaus des Repressionsapparates des bürgerlichen Staates ist es, seine wirklichen Gegner, das Proletariat und diejenigen, die es im Kampf gegen das kapitalistische System führen würden, einzuschüchtern“ (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20, November 1977). Parlamentarische Institutionen wurden einfach beiseite geschoben von Helmut Schmidts bonapartistischem „Krisenstab“ der Bourgeoisie: SPD-Kanzler, FDP-Vizekanzler, CDU-Chef Kohl, CSU-Chef Strauß, Justiz und Polizei. „Verkleidet in die Form der Wiedergabe von Volkes Meinung warf Franz Josef Strauß z. B. den Vorschlag in die Diskussion, Standgerichte zu schaffen und für jede erschossene Geisel einen RAF-Häftling zu erschießen“ (Stefan Aust, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, 1989).

Winfried Wolf – heute sitzt er im Bundestag für die PDS – war 1977 Redakteur der *was tun*, Zeitung der pseudotrotzkistischen Gruppe Internationaler Marxisten (Vorläufer von RSB und VsP e. V.). Deren Schlagzeile „Der individuelle Terror nützt nur der Rechten!“ (*was tun*, 15. September 1977) war ein aktiver Beitrag zur bürgerlichen Hexenjagd, für die sie Arbeiter hinter einem ökonomistischen „Programm

Fortgesetzt auf Seite 26

SPD/Grünen-Regierung...

Fortsetzung von Seite 25

gegen Terror“ mobilisieren wollten. Während sie sich weigerten, die RAF zu verteidigen, galt ihr Mitgefühl den Bullen, die auf der anderen Seite der Klassenbarrikade stehen: „Wir empfinden keine Freude über die Entführung Schleyers. Nicht nur wegen des Tods von vier Polizisten...“. Diese Versöhnung mit den professionellen Streikbrechern des bürgerlichen Staates qualifizierte sie bestenfalls als kommende sozialdemokratische Bürokraten. Anfang 1978 nahm der DGB-Vorsitzende Vetter die Polizei „gewerkschaft“ in den DGB auf, „als historischen Beitrag zur Aussöhnung zwischen Gewerkschaften und staatlicher Gewalt“ (*Frankfurter Rundschau*, 10. März 1978). Diese Organisation der Arbeiterfeinde hat nichts in der Gewerkschaft verloren! Wir sagen: **Polizei raus aus dem DGB!**

Gesinnungsparagrafen und bürgerliche Klassenjustiz

Der Paragraph 129, der jemanden schon wegen „Werbung“ für eine „kriminelle Vereinigung“ verurteilen kann, wurde 1956 zum Verbot der KPD eingesetzt. 1976 wurde er durch den Paragraphen 129a noch verschärft, aufgrund dessen jemand wegen Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung“ verurteilt werden kann, ohne irgendeine Straftat begangen zu haben. Schon seit Anfang der 80er-Jahre, als die Organisationen Devrimci Sol und Halk Der verboten wurden, ist dieser Paragraph ein bevorzugtes Instrument der Bourgeoisie zur Verfolgung kurdischer und türkischer Linker, die heute die größte Gruppe der linken politischen Gefangenen stellen und häufig Isolationsbedingungen ausgesetzt sind. Und 1993 wurde der RAF-Unterstützer Wolfgang Grams von GSG-9-Bullen mit aufgesetztem Kopfschuss in Bad Kleinen hingerichtet. „Wolfgang Grams wurde keine einzige Tat vorgeworfen, allein die ‚Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung‘, und dies reicht der Bourgeoisie als Freibrief zum Töten“, schrieben wir in *Spartakist* Nr. 105 (Juli/August 1993). **Freiheit für alle linken Gefangenen! Weg mit den Paragraphen 129 und 129a! Weg mit dem Verbot von DHKP-C, THKP-C und PKK! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!**

Die Liste der Aktivitäten von SPD/Grünen, um den Staat der Bourgeoisie gegen alle Feinde zu stärken, wächst jeden Tag mehr. Gerade wurden Demonstranten gegen den Castor-Transport brutal niedergeknüppelt. Die Befugnisse des Bundesgrenzschutzes werden ausgeweitet und damit eine nationale Polizeitruppe etabliert. Internet-Provider und Telefongesellschaften werden gezwungen, jeden Zugang zu erfassen und Abhöreinrichtungen zu installieren. Nach dem

Willen von Innenminister Schily sollen Polizeikontrollen jeder Art „mit der Hand an der Waffe“ durchgeführt werden. Schily, der in den RAF-Prozessen als Verteidiger fungierte, hatte schon 1977 nach der Erschießung von Buback seine „tiefe Empörung“ über dieses „schwere Verbrechen am Rechtsstaat“ zu Protokoll gegeben. Heute will Schily die Wehrlosigkeit der Bevölkerung gegen den „Rechtsstaat“ durch verschärfte Waffengesetze sicherstellen, die immer Klassengesetze sind: Der bürgerliche Staat und Gangster hatten und haben immer Waffen. Der Auf- und Ausbau einer Gen-Datei wird bereits dazu benutzt, den Rachefeldzug der deutschen Bourgeoisie gegen Ex-Mitglieder der RAF fortzusetzen. Die *junge Welt* (24. Februar) berichtete, wie Gisela Dutzi, die acht Jahre lang eine Gefängnisstrafe als RAF-Unterstützerin absaß, auf dem Weg zum Arbeitsamt von fünf Bullen verschleppt und zu einer DNA-Probe gezwungen wurde. Begründung für diesen brutalen Überfall: „Da sich die frühere RAFlerin nicht von ihrer Vergangenheit distanziert und keine Reue bekundet habe, sei die Gefahr von Wiederholungstaten gegeben.“

Jetzt wird in Berlin auf Basis von Aussagen des gekauften Kronzeugen Mousli ein Schauprozess gegen angebliche Mitglieder der Revolutionären Zellen wegen eines Sprengstoffanschlags 1987 auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Westberlin und wegen Knieschuss-Attentaten auf den Leiter der Berliner Ausländerbehörde und auf den Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht vorbereitet. Gleichzeitig sitzen Hunderte von Flüchtlingen in Abschiebeknästen und werden täglich abgeschoben, oft in den Tod. Die Aktionen der RZ sind vom Standpunkt der Arbeiterklasse kein Verbrechen! Sofortige Einstellung des Verfahrens!

Bei einer Informationsveranstaltung zu diesem Prozess am 23. März in Berlin argumentierten Genossen der SpAD für unsere Perspektive der Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Klassenjustiz der Bourgeoisie. Wir verteidigen die RAF, die RZ, aber auch Egon Krenz und fordern deren Freilassung. Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Unsere Verteidigung von Krenz rief einen Sturm der Empörung bei der Mehrheit der Anwesenden aus dem autonomen Spektrum hervor. Da die Autonomen die Mobilisierung der Arbeiterklasse wütend ablehnen, suchen sie nach „respektablen“ Bündnispartnern wie PDS-Gallionsfigur Gregor Gysi oder Grüne-Ministerin Renate Künast. Sie hoffen absurderweise, dass dieselbe SPD/Grünen-Regierung, die den Staatsterror gegen Linke und Immigranten durchführt und verschärft, sich für die Gefangenen einsetzt, die sie vor über einem Jahr ohne Anklage in den Knast warf. Wie sehr diese Leute die sozialdemokratische Politik des Antikommunismus und der Klassenkollaboration widerspiegeln, wird klar, wenn man sieht, wer erster Unterzeichner der „Presseerklärung zur Eröffnung des Berliner ‚RZ-Prozesses‘“ des „Berliner Bündnisses für Freilassung“ vom 21. März ist: Die „Kritischen PolizistInnen“, Vertreter der bewaffneten Formationen der Bourgeoisie, die im Dezember 1999 mit 1000 Bullen in Kampfmontur das linke Zentrum Mehringhof in Berlin überfielen und dort nach „Beweisen“ für die Verurteilung der RZ suchten! Die Politik der Autonomen **sabotiert** jede wirkliche Verteidigung!

Die bürgerliche Klassenjustiz kann ebenso wenig „demokratisiert“ werden wie der bürgerliche Staatsapparat insgesamt, der das Privateigentum an Produktionsmitteln sichert. Die Arbeiterklasse ist die einzige soziale Kraft, die die Macht hat, das rassistische kapitalistische Ausbeutersystem zu stürzen. Dazu ist ein geduldiger, programmatisch harter Kampf nötig, um die Arbeiter von den sozialdemokratischen Irreführern SPD und PDS und den kleineren linken Trabanten in deren Schlepptau zu brechen und eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei in der Tradition Lenins und Trotzki aufzubauen. ■

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): DM 8,-
 Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
 Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

SP143

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 32

Das Aubry-Gesetz hat die Löhne praktisch eingefroren, und mit dem PARE-Plan hat die Regierung die Arbeitslosenversicherung ausgehöhlt. Viele Leute erkennen, dass, wenn der MEDEF [Kapitalistenverband] damit durchkommt, dass Arbeiter 45 Jahre arbeiten müssen, bevor sie eine volle Rente kriegen, die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als nächste von den Rentenkürzungen bedroht sind, die sie im Dezember 1995 zurückgeschlagen haben. Tatsächlich haben die Bosse der Privatwirtschaft sich von dem Charpin-Bericht inspirieren lassen, der im letzten Jahr veröffentlicht wurde und der den Vorschlag macht, die Zahl der Bedingungen drastisch zu erhöhen, die man erfüllen muss, um eine volle Altersrente im öffentlichen Dienst zu erhalten.

Die Arbeiterklasse dieses Landes zeigt, dass sie kämpfen will. Die Gewerkschaftsbürokraten sahen sich gezwungen, zu Massendemonstrationen aufzurufen, um Dampf abzulassen, womit sie den „sozialen Frieden“ im Vorfeld der Kommunalwahlen störten – so gab es eine Demonstration des öffentlichen Dienstes am 18. Januar, eine hauptsächlich vom privaten Sektor getragene Demonstration am 25. Januar und einen Streik des öffentlichen Dienstes am 30. Januar. Das ist sehr ungewöhnlich und zeugt von der tief sitzenden Wut an der Basis. Doch während sich die Gewerkschaftsbürokraten auf die gerechte Empörung über den arroganten MEDEF stürzen, betteln sie gleichzeitig die bürgerliche Volksfrontregierung an, eine härtere Position gegen die Bosse einzunehmen. 1995 griffen die Gewerkschaften mit ihren Losungen die rechtsgerichtete Juppé-Regierung an und riefen zum Kampf gegen sie auf, heute aber bitten sie nur demütig die von Jospin geführte Regierung um Zugeständnisse.

Es ist eine Lüge, dass diese Regierung eine „Arbeiterregierung“ sei, und diese Lüge bewirkt, dass die Volksfront, wenn sie die Errungenschaften der Arbeiter angreift, weniger Widerstand hervorruft als eine rechte Regierung. Jospin brüstet sich, seine Regierung habe weit mehr privatisiert als die Regierung seines Vorgängers, was stimmt. Und die so genannte „extreme Linke“ ist zutiefst darin verwickelt. Bei den Wahlen 1997 hat sie zur Wahl der Kandidaten der gegenwärtigen Regierung aufgerufen; sie hat bekommen, was sie wollte, und hat die letzten drei Jahre damit verbracht, auf Jospin & Co. Druck auszuüben, damit diese im Interesse der Arbeiter und Unterdrückten handeln.

Viele der Streiks, die stattgefunden haben, sind sehr isoliert geblieben. Um nur ein Beispiel zu nennen: Es gab in den letzten Monaten bei der Post *mehr als 1000* Streiks, jeweils bei einem einzelnen Postamt oder Verteilerzentrum. Statt die Postarbeiter der verschiedenen Standorte in einem einzigen machtvollen Streik zu vereinen, manipulieren die Gewerkschaftsführer die Wut der Arbeiter in Richtung isolierter und vereinzelter Aktionen und folgen damit der Taktik der Regierung, das Aubry-Gesetz Standort für Standort bei der Post durchzusetzen.

Die Losung „tous ensemble“ [alle gemeinsam] ist populär, denn die Arbeiter empfinden das Bedürfnis nach einer gemeinsamen Gegenwehr gegen die Angriffe. Aber „tous ensemble“ mit wem? Zu welchem Zweck? Für diese verrä-



Jean-Marie Thullier

Als militante Streikposten im Dezember den öffentlichen Nahverkehr von Rouen zum Stillstand brachten, reagierten die Bosse mit gerichtlichen Verfügungen gegen Streikpostenkettten

terischen Irreführer wird das starke Bedürfnis der Arbeiterklasse nach Einheit zu einer obszönen „Einheit“ mit genau den Kräften, die diese Angriffe gegen die Arbeiterklasse betreiben. Gleichzeitig spalten sie die Arbeiterklasse, wo sie nur können.

Die Spaltung der Gewerkschaften entsprechend den politischen Parteien, die sie unterstützen, spaltet und schwächt die Arbeiterklasse. Als Verteidigungsorganisationen müssen die Gewerkschaften auf der breitestmöglichen Grundlage aufgebaut werden, um die *Einheit* der Arbeiterklasse gegen die kapitalistischen Ausbeuter zu maximieren. Deshalb kämpfen wir für *eine einzige Industriegewerkschaft* in jedem Industriezweig. Solche Gewerkschaften kann man nicht durch eine Fusion der gegenwärtigen verräterischen Gewerkschaftsbükratien an der Spitze erreichen; sondern sie müssen im Laufe des Klassenkampfes geschmiedet werden. Wir treten ein für Klassenkampf, nicht für Klassenzusammenarbeit, und für die völlige Unabhängigkeit der Arbeiterklasse gegenüber dem bürgerlichen Staat. Deswegen wenden wir uns auch gegen die in Frankreich übliche Praxis, dass Bullen, die für die Aufrechterhaltung der rassistischen kapitalistischen Ordnung zu sorgen haben, „Gewerkschafts“-mitglieder sind. **Bullen raus aus den Gewerkschaften!**

Die Aufspaltung der Arbeiterklasse wird durch die künstliche Trennung in einen „öffentlichen“ und einen „privaten“ Sektor noch verschärft. Dies ist nur ein weiteres Mittel, um die Arbeiterklasse in diesem Land zu spalten und damit ihre Kämpfe zu schwächen. Während der massiven Streiks im öffentlichen Dienst im Dezember 1995 kämpften wir gegen die Klausel, die nichtfranzösischen Bürgern verbietet, Staatsbedienstete zu sein, und für die Ausdehnung des Streiks auf den privaten Sektor, besonders auf die Autoindustrie mit ihrer mächtigen Arbeiterschaft, die zu einem großen Teil aus eingewanderten Arbeitern oder deren Nachkommen besteht. Das bedeutete natürlich auch, eine unzweideutige Haltung gegen Vigipirate einzunehmen, die rassistische militärische Kampagne gegen Jugendliche maghrebinischer Herkunft, von denen viele die Söhne und Töchter von Arbeitern im privaten Sektor sind, wie zum Beispiel den Autoarbeitern von Renault Flins. Eine solche Haltung beinhaltet auch die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle Immigranten. Für Kommunisten sind eingewanderte Arbeiter nicht einfach „Opfer“; sie sind ein strategischer Bestandteil des Proletariats und eine Brücke

Fortgesetzt auf Seite 28

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 27

zur Arbeiterklasse ihres jeweiligen Herkunftslandes. Aber die chauvinistische und verräterische Führung der Arbeiterklasse, die diesen rassistischen Feldzug unterstützte, und die Pseudolinke waren Hindernisse für die potenziell machtvolle Aktionseinheit aller Unterdrückten: Sie wussten genau, dass ein solcher gemeinsamer Kampf der Arbeiterklasse schnell ihrer Kontrolle entgleiten könnte.

Nieder mit der bürgerlichen Volksfrontregierung von PS/PC/Grünen!

Die „Mehrheitslinke“, die heute in Frankreich den Kapitalismus regiert, ist in diesem Lande der gewöhnliche Mechanismus der Klassenzusammenarbeit. Es ist eine Volksfront: ein Wahlbündnis zwischen bürgerlichen Arbeiterparteien, wie der PS [Sozialistische Partei] und der PC [Kommunistische Partei], und bürgerlichen Parteien, wie den Grünen, den Linken Radikalen oder der MDC [Bürgerbewegung] von Chevènement. „Mehrheitslinke“, „Union der Linken“, „heilige Union“ oder „Volksfront“: verschiedene Namen für das gleiche Spiel! Konfrontiert mit einer Verschärfung der Klassenkämpfe lässt die Bourgeoisie die reformistischen Arbeiterparteien an die Regierung im Austausch für die Garantie, dass sie die kapitalistische Ordnung schützen. Genau das passierte bei den Volksfronten 1936 und 1944–47, die vorrevolutionäre Situationen erdrosselten, und bei der „Union der Linken“ von [PS-Präsident] Mitterrand 1972, die das Resultat des Verrats an dem machtvollen Generalstreik vom Mai 1968 und den sozialen Kämpfen war, die danach das Land erschütterten. Und so ist es auch heute bei der Jospin/Gayssot/Voynet-Volksfront, die aus den Streiks vom Dezember 1995 hervorgegangen ist. Eine solche Volksfront ist definitionsgemäß bürgerlich. Die Reformisten benutzen die „Einheit“ mit ihren bürgerlichen Partnern als Vorwand, um jeden Verrat zu entschuldigen.

Hinter der Maske einer „Volks“regierung verwaltet die Volksfront den bürgerlichen Staat und führt die Angriffe des französischen Kapitalismus gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückten durch. In Frankreich selbst bedeutet dies unerbittliche Austeritätsprogramme, rassistischen Krieg gegen die Jugendlichen der städtischen Ghettos, die größtenteils aus Immigrantenfamilien stammen, und Abschiebungen von Sans-Papiers [Immigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung]. Es bedeutet die Institutionalisierung der Superausbeutung von Jugendlichen durch vorübergehende Jobs und befristete Arbeitsverträge, wo Hungerlöhne gezahlt werden und die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft verboten ist – alles im Namen der „Schaffung von Arbeitsplätzen“. Es bedeutet, alle möglichen Beschränkungen des Abtreibungsrechts der Frauen zu akzeptieren und vor der reaktionären und frauenfeindlichen „Morallehre“ der katholischen Kirche zu kapitulieren (siehe „Avortement libre et gratuit pour toutes!“ [Freie und kostenlose Abtreibung für alle!], *Le Bolchéviek* Nr. 154, Herbst 2000).

Im Ausland handelt die Volksfront für den blutrünstigen französischen Imperialismus. Frankreich hat eine lange und schmutzige Geschichte von kolonialer Unterdrückung in Afrika, die sowohl von Volksfrontregierungen als auch von „rechten“ Regierungen durchgeführt wurde. Der Algerienkrieg wurde unter verschiedenen Regierungen geführt, unter anderem von der „sozialistischen“ Regierung von Guy Mollet, der die PC alle Vollmachten gab, die blutige Unterdrückung dort durchzuführen. Es sind die Streitkräfte der gegenwärtigen Volksfrontregierung, die an den imperialistischen Bombenangriffen während des Balkankrieges 1999 teilgenommen hatten und die noch heute Teil der Besatzungstruppen sind. Und erst kürzlich waren es die Kolonial-

truppen der gleichen Jospin/Gayssot/Voynet-Regierung, die Ende November 2000 in Französisch-Guyana Menschen, die für die Unabhängigkeit demonstrierten – darunter Gewerkschaftsaktivisten –, brutal angegriffen haben. Französische/UN/NATO-Truppen raus aus dem Balkan! Nieder mit der kolonialen Unterdrückung in Französisch-Guyana – französische Truppen raus! Für das Recht auf Unabhängigkeit für Französisch-Guyana und alle anderen noch verbliebenen französischen Kolonien! Zerschlagt imperialistische Ausbeutung durch internationale Arbeiterrevolution!

Der Streik der TCAR in Rouen: Nieder mit der Repression gegen die Streikpostenketten!

Der jüngste Streik der Arbeiter des öffentlichen Nahverkehrs von Rouen (TCAR) ist ein Beispiel für einen ursprünglich militanten Streik, der von der verräterischen Gewerkschaftsführung sabotiert wurde, die nur zu gerne die „Regeln“ befolgt, die der bürgerliche Staat aufgestellt hat. Als die Arbeiter am 19. Dezember 2000 ihren Streik begannen, gab es massive und effektive Streikpostenketten, die durch eine Blockade des Busdepots von Deux Rivières und des Metrodepots von Petit Quevilly den öffentlichen Nahverkehr in Rouen zum Erliegen brachten und die Stadt praktisch lahm legten. Konfrontiert mit dieser militanten Klassenaktion, reagierten die Bourgeoisie von Rouen und ihre von der PS geführte Stadtverwaltung sofort und führten einen Gegenschlag gegen diesen schon seit jeher kämpferischen Teil des Proletariats. Sie forderten von ihrer Justiz einen Gerichtsbeschluss gegen die Streikpostenketten. Prompt gaben die CGT-Gewerkschaftsbürokraten nach und appellierten an die Arbeiter, die Streikposten zu räumen. Einige Tage nachdem die Bosse mit den Streikenden einen Lohnabschluss ausgehandelt hatten, entließen sie fünf TCAR-Arbeiter und suspendierten zwei weitere wegen „Behinderung des Rechts auf Arbeit“. Die Bourgeoisie und ihre Regierung wollten den TCAR-Streik dazu benutzen, der Arbeiterklasse ganz Frankreichs „eine Lehre zu erteilen“: Versucht ja nicht, einen kämpferischen Streik zu organisieren, um die Produktion lahm zu legen. Wir sagten: Ein Streik heißt gerade, die Produktion lahm zu legen! Streikpostenketten überquert man nicht! Weg mit den Entlassungen und Strafen! Sieg den Streikenden von TCAR!

Während der TCAR-Streik zur Verteidigung der gemäßigten Arbeiter weiterging, fuhr die Gewerkschaftsbürokratie mit Unterstützung der so genannten Linken in Rouen fort, die Busse und Straßenbahnen der Streikbrecher fahren zu lassen und damit die Forderungen der Bosse zu erfüllen; die Streik„aktionen“ wurden in Demonstrationen, Appelle an den PS-Bürgermeister, er möge doch vermitteln, und sogar in einen Hungerstreik gegen die Entlassungen umgewandelt. Am 5. Januar begannen sechs CGT-Aktivisten einen Hungerstreik zur Verteidigung ihrer gefeuerten Gewerkschaftskollegen und schlugen ihr Lager in der Stadthalle von Rouen auf; das war ein Versuch, auf den PS-Bürgermeister Druck auszuüben, damit er im Kampf der Transportarbeiter gegen ihre Bosse vermittelt. Dieser Hungerstreik war zwar ein Akt der Solidarität mit den gemäßigten Arbeitern, aber dennoch im Grunde ein Akt der Verzweiflung. Es war gerade die von der PS geführte kapitalistische Stadtverwaltung, die 1994 das Nahverkehrssystem von Rouen an das Privatunternehmen Vivendi übergab! Vivendi stimmte schließlich vorläufig der Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter zu, allerdings nicht an ihrem früheren Arbeitsplatz.

Indem die so genannte Linke in Rouen den PS-Bürgermeister anflehte, er möge doch gegen Vivendi vorgehen – was sie als leere Forderungen zur „Verteidigung des Streikrechts“ formulierte –, verstärkte sie die Illusion, die PS-Regierung sei „arbeiterfreundlich“. Die reformistische

Ligue communiste révolutionnaire (LCR) schrieb: „Wie sollen wir glauben, dass die CAR [Gemeinde des Großraums Rouen] und das Bürgermeisteramt nicht genug Gewicht besitzen, um das Management der TCAR zur Vernunft zu bringen? Wer hat hier eigentlich das Sagen?“ (*Rouge*, 11. Januar). Was Lutte ouvrière (LO) betrifft, so jammern auch sie: „Auch am 13. Tag ihres Fastens ließ sich der PS-Bürgermeister nicht dazu herab, ihnen einen Besuch abzustatten!“ (*Lutte Ouvrière*, 19. Januar)! Und sie beklagen sich: „Die gewählten Vertreter der Linken im Großraum Rouen, die über eine Mehrheit im Gemeinderat des Großraums (der Vivendi eine Nahverkehrskonzession erteilt hatte) verfügen, geben sich zufrieden mit zaghaften und sehr späten Interventionen“ (*Lutte Ouvrière*, 26. Januar). Damit steht für LO die „linke“ Regierung auf der richtigen Seite, sie sollte sich nur etwas mehr trauen!

Die PC, die ein wesentlicher Teil der Regierung Jospin/Gayssot ist, ging sogar so weit und applaudierte dem „stellvertretenden Bürgermeister von Mont-Saint-Aignan, Mitglied der UDF [rechtsgerichtete bürgerliche Partei], der meint: „Auch wenn die Haltung der Streikenden unannehmbar ist, so bleibt sie in einer schwierigen Situation doch verständlich.“ (*L'Humanité*, 10. Januar). Die Lambertisten von der Parti des Travailleurs (PT) hören sich wirklich radikal an, wenn sie sagen: „Gerade die Jospin/Gayssot-Regierung ist der große Organisator von Privatisierungen gewesen“ (Flugblatt vom 17. Januar). Aber ihre wirkliche Politik besteht in einer Petition unten auf dem gleichen Flugblatt, die ein Appell ist an Robert, Granpierre, Bourguignon und Massion – die lokalen PS- und PC-Politiker, die gleich von Anfang an gegen den Streik waren: „Ihr seid es, die TCAR bezahlen; ihr habt die ganze Macht zu der Entscheidung, dass diese Repression sofort aufhören soll.“ Die Gruppe Gauche révolutionnaire versucht mehr „links“ zu klingen, aber sie hat die gleiche Strategie, Appelle an den PS-Bürgermeister zu richten: „Die Verantwortlichen der Communauté d'Agglomération Rouennaise (CAR) könnten eine ganz einfache Entscheidung treffen. Yvon Robert, Bürgermeister von Rouen und Vorsitzender der CAR, könnte Vivendi die Nahverkehrskonzession entziehen und so die fünf Streikenden wieder einstellen“ (Flugblatt vom 16. Januar).

Alle Gruppen der „extremen Linken“ vor Ort erwähnen in ihren Flugblättern und Artikeln überhaupt nicht die wichtige Frage der Streikposten und akzeptieren damit die Regeln der Bosse, wonach die Arbeiter zwar das „Streikrecht“ haben, Streikpostenkette aber – die das „Recht auf Arbeit“ der Streikbrecher behindern – nicht erlaubt sind. Am 18. September 1986 überquerte der Ortsgruppenführer der gegenwärtigen LO-Minderheit eine Streikpostenkette bei Renault-CKD in Grand-Couronne nahe bei Rouen, was wir in *Le Bolchévique* Nr. 67, (Oktober 1986) entlarvten; LO rechtfertigte ihren Streikbruch, indem sie die Streikpostenkette der CGT denunzierte: „Die Aktion der CGT in der letzten Woche wurde nicht durchgeführt, um andere Arbeiter in dem Bereich entweder zu überzeugen oder einzubeziehen und zu vereinigen. Vielmehr bewirkte sie deren Spaltung“ (*Lutte Ouvrière*, 27. September 1986).

Ein Streik ist keine Protestdemonstration, wie die Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiter gerne glauben machen möchte. Im Gegenteil, wie Leo Trotzki, bolschewistischer Führer der Russischen Revolution von 1917, inmitten der tumultartigen Klassenkämpfe in Frankreich Mitte der 30er-Jahre schrieb:

„Der Streik ist die einfachste Form des Klassenkampfes, der in verschiedener Proportion stets ‚ideologische‘ mit physischen Maßnahmen vereinigt... Eigentlich ist der Streikposten ja der Keim der Arbeitermiliz. Wer den physischen Kampf ablehnen zu müssen meint, sollte auf

allen Kampf verzichten, denn der Geist lebt nicht ohne den Leib.“ (*Wohin geht Frankreich?*, Oktober 1934)

Das „Streikrecht“ wird zwar von der französischen Verfassung garantiert, aber Streikposten und andere kämpferische Aktionen gelten nach dem Gesetz als Mittel zur „Behinderung des Rechts auf Arbeit“ und sind illegal. **Aber Streikpostenkette, Fabrikbesetzungen und Streiks mit Besetzung sind gerade die Methoden, die einen Streik effektiv machen!** Wie jeder Arbeiter weiß, der an einem kämpferischen Streik teilgenommen hat, und wie die Geschichte der französischen Arbeiterklasse zeigt, ist nur der Streik „illegal“, der verloren geht. Richtige Streikposten, die die



AP

Proteste von LKW-Fahrern gegen hohe Spritpreise im letzten Herbst legten Belgien, Frankreich und andere europäische Länder lahm. Pseudolinke kapitulierten vor Volksfrontregierung und brandmarkten die Blockaden als „Streik der Bosse“

Produktion lahm legen, sind genau das Mittel, um einen Streik zu konsolidieren und auszuweiten, um die Arbeiter, die noch zögern, dafür zu gewinnen, sich dem Streik anzuschließen, um die Arbeiter in der Aktion zu organisieren und vor allem um den Streik gegen Streikbrecher und Bullen zu schützen. Genau so wurde der Streik bei Air France 1993 gewonnen: Die Streikenden blockierten die Start- und Landebahnen, machten die Flughäfen dicht und ließen sich nicht unterkriegen, als sie sich gegen die Angriffe der CRS [Bereitschaftspolizei] zur Wehr setzten.

Aber genau das wollen die gegenwärtigen Führungen der verschiedenen Gewerkschaften am allerwenigsten. Von der CGT, CFDT und FO [Gewerkschaftsverbände] bis zu den im Allgemeinen kleineren Gewerkschaften wie der SUD, die manchmal für „radikaler“ gehalten wird als die „traditionellen“ Gewerkschaften, werden die Gewerkschaften ebenso wie die „linken“ Parteien, die ihre Führung stellen, von Leuten geführt, die die Perspektive ablehnen, dass die Arbeiterklasse die Staatsmacht erobert und eine grundlegende gesellschaftliche Umwälzung durchsetzt. Da ihre Perspektive die Arbeit im Rahmen des Status quo ist, werden sie zu Hütern des kapitalistischen Systems (und das ist der Grund, weshalb die Bosse und deren Staat daran interessiert sind, ihnen massive finanzielle Unterstützung und umfangreiche Privilegien zukommen zu lassen). So weigern sie sich nicht nur, einen Kampf zu führen zur

Fortgesetzt auf Seite 30

Frankreich...

Fortsetzung von Seite 29

Verteidigung der wirtschaftlichen Interessen des Proletariats, sondern auch, für die Verteidigung der allgemeineren sozialen Interessen zu kämpfen. Anstatt zum Beispiel dafür zu kämpfen, dass Arbeiter, Männer und Frauen, das Recht haben, ihre Schichten selbst zu wählen und für Nachtschichten Sonderbezahlungen und volle Erstattung der Fahrtkosten zu erhalten, führten sie eine Kampagne gegen die Aufhebung des diskriminierenden Nachtarbeitsverbots für Frauen durch, womit sie praktisch die Moral der katholischen Kirche akzeptieren, wonach Frauen sich nachts um ihre Familien zu kümmern haben.

Bei einer solchen Führung ist es kein Wunder, dass in Frankreich nur ungefähr 9 Prozent des Proletariats Gewerkschaftsmitglieder sind (im Gegensatz zu 22 Prozent 1970) und dass die CGT, die immer noch die einflussreichste Gewerkschaft in der Privatindustrie ist, weniger als ein Viertel der Mitgliederzahl hat, die sie nach dem Zweiten Weltkrieg hatte. Übrigens ist in Frankreich die Gewerkschaftsmitgliedschaft seit jeher in Zeiten scharfer sozialer Kämpfe angewachsen, danach aber, wenn die Kämpfe von den Führungen verraten worden waren, wurden massenhaft Gewerkschaftsausweise zerrissen. Aber man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten und Gewerkschaften wegen ihrer verräterischen Führer ablehnen. Was man braucht, ist eine neue Führung in den Gewerkschaften, eine klassenkämpferische Führung. Aber der Kampf für den Aufbau einer klassenkämpferischen Führung in der Arbeiterklasse muss den Kampf, die verräterischen Gewerkschaftsbürokraten rauszuschmeißen, mit dem Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei verbinden. Eine solche Arbeiterpartei würde für eine Arbeiterregierung kämpfen, die den Kapitalismus enteignet, um ein für alle Mal dem grauenhaften Gesellschaftssystem ein Ende zu bereiten, das den enormen industriellen Reichtum, den es aus dem Lebensblut der Arbeiterklasse herauspresst, in Elend und Armut verwandelt.

LO und die Volksfront

Von allen pseudotrotzkistischen Organisationen, die den Wahlsieg von Jospins Volksfront unterstützt haben, ist Lutte ouvrière diejenige, die heute am ernsthaftesten den Anschein zu erwecken versucht, dass sie sich von der Regierung distanzieren. Aber das ist keine Überraschung, da LO ja Übung darin hat, die Stimmung in der Arbeiterklasse, die gerade jetzt wütend auf die Regierung ist, auszuloten und sich daran anzupassen. Auch wenn sie die PC kritisieren, flehen sie in Wirklichkeit die PC – die Teil der Volksfrontregierung ist – dennoch an, für die Arbeiter zu kämpfen.

LO ist ein Verwandlungskünstler; sie können manchmal sehr links auftreten, während sie dann wieder von dem übrigen Volksfrontsumpf nicht zu unterscheiden sind. Zum Beispiel war LO letztes Weihnachten gerade in einer linken Stimmung und hatte auf ihrer Titelseite die Überschrift: „Kommunismus ist der Kampf zum Sturz des Kapitalismus!“ (*Lutte Ouvrière*, 22. Dezember 2000). Kaum einen Monat später war die Überschrift auf der Titelseite: „Erhebt euch gegen Danone ... und die Angriffe der großen Bosse!“ (*Lutte Ouvrière*, 19. Januar), eine Schlagzeile, die von der PC oder selbst von der PS hätte stammen können.

Trotz ihres derzeitigen „linken“ Auftretens ist die Hauptmethode von LO immer noch, an den Staat zu appellieren, er möge sich in positiver Weise für die Arbeiter einsetzen, womit sie Illusionen in die Regierung schüren. Der Staat ist keine über den Gesellschaftsklassen stehende neutrale Körperschaft. Der bürgerliche Staat, mit seiner Armee zur Verteidigung des französischen Imperialismus und seiner Polizei und seinen Gerichten zur Durchsetzung der rassistischen

bürgerlichen Ordnung und zur Verteidigung des Privateigentums, ist das Exekutivkomitee der Kapitalisten. Zu den üblichen Bannern, die LO bei Demonstrationen dabei hat, gehören Appelle an die Volksfrontregierung wie „Enteignung der Unternehmen, die Entlassungen durchführen“ und „Verbot von Entlassungen in Unternehmen, die Profit machen“, mit denen Illusionen in die Volksfrontregierung verbreitet werden. Zwar stellen sie in einem Leitartikel (*Lutte Ouvrière*, 19. Januar) fest: „Diese so genannte linke Regierung dient genauso der Großbourgeoisie wie die rechte Regierung, die von ihr abgelöst wurde“, argumentieren aber kurz zuvor: „Doch es ist nicht wahr, dass diese Regierung machtlos ist. Sie könnte Vergeltungsmaßnahmen gegen Danone ergreifen, mit der Beschlagnehmung des Unternehmens drohen, falls dieser Plan aufrechterhalten würde, oder zumindest mit der Streichung jeder Staatshilfe für Danone.“

Aber eine kapitalistische Regierung – ob unter der „Linken“ oder unter der „Rechten“ – kann man nicht so unter Druck setzen, dass sie schließlich die kapitalistischen Profite aufs Spiel setzt, um für die Bedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen. Eine kapitalistische Regierung macht nur dann Zugeständnisse, wenn sie Angst vor der Macht der Arbeiterklasse kriegt – eine Macht, die durch die Loyalität der Arbeiterführer zur Volksfront in Schach gehalten wird. Es ist notwendig, dass die Arbeiterklasse die Industrie durch eine Arbeiterrevolution enteignet.

LO entdeckt plötzlich den Klassencharakter des Staates wieder, wenn sie bei dem Versuch, sich „Verantwortlichkeiten“ in den Gewerkschaften zu ergattern, die mit ihnen konkurrierenden Gewerkschaftsbürokraten in der Arbeiterbewegung anprangert. LO schreibt: „Die Tendenz der Gewerkschaften zur Integration in den bürgerlichen Staat – im Streben nach einer Zusammenarbeit mit den Bossen, die einer der Grundzüge der imperialistischen Epoche ist – hat sich offensichtlich in den letzten Jahren nicht abgeschwächt, ganz im Gegenteil“ (*Lutte de classe*, Dezember 2000). Diese Anprangerung ist ein starkes Stück von einer Organisation, die selber erhebliche Subventionen vom kapitalistischen Staat einstreicht! Im Jahr 1999 stieg die Finanzierung von LO durch den Staat auf mehr als 7 Millionen Francs (*Journal officiel*, 9. November 2000). Wie das Sprichwort sagt: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing! Es ist klar, dass man sich nicht für den Sturz der Bourgeoisie einsetzen kann, während man gleichzeitig von deren Staat Geld bekommt. Für Marxisten ist die Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen vom bürgerlichen Staat eine Frage des Prinzips.

Dass LO im Grunde die Regierung unterstützt, zeigte sich deutlich während der Blockaden der Lastwagenfahrer im September 2000 aus Protest gegen die enormen Spritpreise. Diese kämpferischen Aktionen waren bei den Werktätigen sehr populär. Nicht nur in Frankreich, sondern ebenso in Britannien, Deutschland und anderen Ländern zitterten die sozialdemokratischen Regime wie Espenlaub bei der Aussicht, dass diese außerparlamentarischen Proteste der Auslöser zur Entfesselung von Aktionen des Proletariats sein könnten. Die „extreme Linke“ – diejenigen, die fälschlicherweise als Trotzkisten auftreten – tat umgehend die Proteste der Lastwagenfahrer als „Streik der Bosse“ ab (siehe *Le Bolchévik* Nr. 154, Herbst 2000). Im Grunde reagieren diese Gruppen trotz ihres „linken“ Geschwafels mit Entsetzen und Abscheu auf jede Bedrohung der Stabilität „ihrer“ kapitalistischen Volksfrontregierung.

Wochenlang zog LO gegen die hohen Spritpreise zu Felde, doch als dann die Lastwagenfahrer ihre Blockaden errichteten, kam LO mit der Schlagzeile: „LKW-Transporte: Eine Regierung, die mehr Verständnis zeigt für die Bosse als für die Lohnempfänger“ (*Lutte Ouvrière*, 8. September 2000). In einem Artikel nach dem anderen nannten sie die Lastwagenfahrer „Bosse“, als Rechtfertigung dafür, die

Arbeiter von diesen kämpferischen Aktionen fern zu halten. So sind ihre Appelle an die Arbeiter, „mit der Faust auf den Tisch zu hauen“ (*Lutte Ouvrière*, 15. September 2000), im Grunde nur leeres Gerede als Reaktion auf die große Popularität dieses Kampfes. Später, als die Blockaden aufgelöst worden waren und von daher die Gefahr für die Regierung abgewendet worden war, schwächte LO, im Kielwasser der PC, ihre Haltung ab. Ihre Forderung nach „Besteuerung der Profite der großen Ölgesellschaften und ebenso der anderen großen Industrie- und Finanzunternehmen“ (*Lutte Ouvrière*, 22. September 2000), mit der sie etwas mehr links als die PC war, die nur die Ölgesellschaften im Visier hatte, war dennoch ein Mittel, um in den Rahmen des Parlamentarismus zurückzukehren und die Regierung anzubetteln.

Was ihre Wahlpolitik angeht, so erklärte LO mit dem Gespür, woher der Wind weht, in *Lutte de classe* vom Dezember 2000: „Es kommt für uns nicht in Frage, unsere Kandidatenlisten für die zweite Runde mit denen der Regierungslinken zu vereinigen oder zu deren Wahl aufzurufen. Es kommt auch nicht in Frage, Kandidatenlisten mit Bewegungen oder Aktivisten aufzustellen, die sich nicht eindeutig auf den Boden der Arbeiterklasse stellen und die übrigens auch nichts mit der LCR und noch weniger mit *Lutte Ouvrière* zu tun haben wollen.“ Aber gerade erst im letzten Frühjahr während ihrer Diskussionen mit der LCR über die Möglichkeit einer gemeinsamen Liste schrieb LO: „Der Aufruf zur Wahl der Linken in der zweiten Runde erscheint uns in der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Situation unannehmbar, außer selbstverständlich bei jenen seltenen Ausnahmefällen, wo es zu einem Duell zwischen der Linken und der FN [Nationale Front] kommen könnte“ (*Lutte de classe*, Mai/Juni 2000). Diese „Ausnahmefälle“ benutzte LO bei den Parlamentswahlen 1997 als Vorwand für ihre Unterstützung der PS und PC gegen die FN. Der „Kampf gegen Rechts“ und der „Antifaschismus“ sind in Wirklichkeit die klassischen „linken“ Argumente zur Unterstützung von Volksfronten.

Zurzeit halten die Kapitalisten die Faschisten in Reserve; sie benötigen sie im Augenblick nicht, denn sie haben ja die Volksfront, um die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse im Zaum zu halten, aber die Faschisten bleiben eine tödliche potenzielle Gefahr für die Gewerkschaften und alle Unterdrückten. Die Volksfront stellt überhaupt kein Hindernis für den Faschismus dar, sondern sie ebnet dem Faschismus den Weg, indem sie die Arbeiterklasse demobilisiert – die einzige Kraft, die die Faschisten aufhalten kann – und indem sie den Sozialismus dadurch diskreditiert, dass sie den Anspruch erhebt, „sozialistisch“ zu sein, während sie eine brutale kapitalistische Austeritätspolitik durchsetzt. Die Massenbasis für den Faschismus ist das ruinierte Kleinbürgertum. Eine kühne revolutionäre proletarische Führung kann kleinbürgerliche Schichten für die Seite der Arbeiterklasse gewinnen, indem sie eine klare sozialistische Lösung der kapitalistischen Krise bietet; ohne eine solche Führung wird das verzweifelte Kleinbürgertum in die Arme der Faschisten getrieben. Auf jeden Fall sind die Faschisten keine Parlamentarier: Sie wachsen nicht durch Wahlen, sondern durch außerparlamentarische Straßenaktionen von rassistischen Mobs gegen Immigranten und die Arbeiterklasse. Wir kämpfen für militante Arbeiter/Immigranten-Massen-

mobilisierungen, gestützt auf die Stärke der organisierten Arbeiterklasse, um die Faschisten in ihre Rattenlöcher zurückzutreiben. Doch wir wissen, dass Rassismus und Faschismus im Kapitalismus angelegt sind, und um sie ein für alle Mal zu beseitigen, ist es notwendig, das ganze kapitalistische System zu stürzen.

LO wird von Teilen der Arbeiterklasse für „linker“ oder „radikaler“ gehalten als die PC (nach jüngsten Umfragen würde Arlette Laguiller [von LO] Robert Hue [PC-Führer] schlagen, wenn die beiden bei den Präsidentschaftswahlen 2002 zu den Kandidaten gehören würden). Würde LO einen offenen gegen die Volksfrontkandidaten gerichteten Wahlkampf führen, auch dort, wo diese gegen Kandidaten von FN/MNR [die zwei bedeutendsten faschistischen Organisationen in Frankreich] antreten, könnten Revolutionäre überlegen, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen zu einer, wenn auch sehr kritischen, Wahlunterstützung für die LO-Kandidaten aufzurufen. Bislang hat es LO vermieden, eine klare Aussage zu machen, dass sie gegen alle Kandidaten der Volksfront antreten wird, und der Leitartikel von Arlette Laguiller in der Ausgabe von *Lutte Ouvrière* vom 26. Januar, der die „heuchlerische“ Regierung kritisiert, hält implizit an der Möglichkeit fest, Kandidaten der PC, die sich links geben, allein aufgrund der Frage der Renten zu wählen: „Da wir ja innerhalb der nächsten beiden Monate dazu aufgerufen sind, zur Wahl der Gemeindefürsprecher Stellung zu beziehen, lasst uns die Gelegenheit ergreifen und von den Kandidaten, die uns um unsere Stimme bitten, verlangen, dass sie zu diesem Rentenproblem eine klare Haltung einnehmen.“

**Für eine revolutionäre Führung!
Für Arbeiterrevolution!**

Die so genannte „extreme Linke“, die dann, wenn es hart auf hart kommt, die kapitalistische Volksfront unterstützt, ist ein *Hindernis* für den Aufbau einer revolutionären Partei, die notwendig ist, um das Proletariat zur Eroberung der Staatsmacht zu führen. Diese „Linken“ behaupten, für Sozialismus zu sein, akzeptieren aber die Grenzen dessen, was unter dem Kapitalismus „möglich“ ist. Ihre Perspektive, am kapitalistischen System herumzubasteln und sich um die Krümel von der Tafel der Bosse zu prügeln, verbreitet die Illusionen, dass unter dem „Druck der Massen“ der Kapitalismus dazu gebracht werden könne, dem „Volk zu dienen“. Wir brauchen eine revolutionäre Partei, um die Kämpfe der Arbeiter und aller besonders unterdrückten Schichten – Frauen, Jugendliche, Immigranten, ethnische Minderheiten – zu vertiefen und zusammenzuschweißen zu einem Klassenkrieg gegen den Kapitalismus. ■

Abonniert!

**Zeitung der
Ligue trotskyste
de France**

4 Ausgaben
DM 10,-
enthält Spartacist

Bestellt bei:
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

SPARTAKIST

Klassenkampf erschüttert Frankreich

In den letzten Monaten erlebte Frankreich eine Welle von Klassenkämpfen gegen die bürgerliche Koalitionsregierung von Premierminister Lionel Jospin von der Sozialistischen Partei (PS), der auch Jean-Claude Gayssot von der Kommunistischen Partei (PCF) als Transportminister und Dominique Voynet von den bürgerlichen Grünen als Umweltministerin angehören. Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Le Bolchévik Nr. 155 (Winter 2000/2001), Zeitung der Ligue trotskyste de France, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga.

LE BOLSCHEVIK

29. Januar – Die Arbeiterklasse in Frankreich hat genug von den ständigen Angriffen, die die kapitalistische Regierung von Jospin/Gayssot/Voynet gegen sie richtet. In den letzten Monaten erlebte das Land eine Vielzahl von Streikaktionen, die sich hauptsächlich gegen die Folgen des „35-Stunden“-Gesetzes von Aubry richteten [ein Plan zur „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit in Abhängigkeit von der jeweiligen Nachfrage, bei dem die Bezahlung der Überstunden abgeschafft wird] und besonders gegen das Einfrieren der Löhne. Bemerkenswerterweise haben in einer Reihe dieser Streiks die Arbeiter Streikpostenketten mit dem Ziel errichtet, die Produktion lahm zu legen – eine entschei-



AP

Marseille, 30. Januar (oben): landesweiter, eintägiger Streik im öffentlichen Dienst. Premier Jospin (PS) und Transportminister Gayssot (PC) setzen Bullen gegen streikende LKW-Fahrer ein, November 1997

Fotos: Reuters



dende Maßnahme, um einen Streik zu gewinnen. Doch der kapitalistische Staat, zusammen mit der Gewerkschaftsbürokratie, die seiner Aufrechterhaltung treu ergeben ist, schritt ein, um die Streikpostenketten wegzuräumen und so die Streiks zu schwächen und zu untergraben.

Die jetzige Streikwelle kommt zu einer Zeit, wo der französische Kapitalismus mit seinem Wirtschaftsboom und dem jüngsten Sinken der offiziellen Arbeitslosenquote prahlt. Was aber die Bourgeoisie (genau wie ihre Presse und ihre Regierung) verschweigt, ist die Tatsache, dass der „Boom“ Betriebsschließungen zur Folge hatte, wodurch Tausende Arbeiter auf die Straße gesetzt oder in den „Vorruhestand“ gezwungen wurden – bei Lacoste, Epéda, Moulinex, Cellatex und vielen anderen Betrieben, wo überwiegend Frauen arbeiten, und Danone-LU, wo die Arbeiter gegenwärtig bedroht sind. Die Bourgeoisie verschweigt auch, dass das Sinken der offiziellen Arbeitslosenquote – die noch immer sehr hoch ist und bei fast 10 Prozent liegt – durch einen starken Zuwachs an Teilzeitarbeit und befristeten Einstellungen sowie durch wachsende Unsicherheit für die meisten Arbeiter zustande gekommen ist.

Fortgesetzt auf Seite 27

Für eine proletarische Avantgardepartei!